



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für auswärtige
Angelegenheiten EDA

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF

Bern, 22.05.2024

Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 (IZA-Strategie 2025–2028)

Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung



Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	3
2	Vernehmlassungsverfahren	3
2.1	Wichtigste Punkte des Vernehmlassungsentwurfs	3
2.2	Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens	4
3	Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens	5
3.1	Überblick	5
3.2	1. Frage: Antworten	7
3.2.1	1. Frage: Antwortüberblick (<i>Abbildung 3</i>)	7
3.2.2	1. Frage: Antworten der Kantone	8
3.2.3	1. Frage: Antworten der politischen Parteien	8
3.2.4	1. Frage: Antworten der Verbände	8
3.2.5	1. Frage: Antworten anderer interessierter Kreise	9
3.2.6	1. Frage: Anmerkungen zu den Entwicklungszielen und den spezifischen Zielen	9
3.2.6.1	Entwicklungsziele	9
3.2.6.2	Spezifische Ziele	11
3.3	2. Frage: Antworten	15
3.3.1	2. Frage: Antwortüberblick	15
3.3.2	2. Frage: Antworten der Kantone	16
3.3.3	2. Frage: Antworten der politischen Parteien	16
3.3.4	2. Frage: Antworten der Verbände	16
3.3.5	2. Frage: Antworten weiterer interessierter Kreise	17
3.4	3. Frage: Antworten	18
3.4.1	3. Frage: Antwortüberblick	18
3.4.2	3. Frage: Antworten der Kantone	20
3.4.3	3. Frage: Antworten der politischen Parteien	21
3.4.4	3. Frage: Antworten der Verbände	22
3.4.5	3. Frage: Antworten anderer interessierter Kreise	23
3.5	Weitere Bemerkungen:	25
	Anhang: Liste der Vernehmlassungsteilnehmer	31

Zur besseren Lesbarkeit werden im Bericht folgende Bezeichnungen verwendet:

Kantone	Kantone
Politische Parteien	Parteien
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft, Fachverbände und -organisationen	Verbände
NGO, Stiftungen und Vereine	Organisationen
Ausserparlamentarische Kommissionen	Kommissionen
Akademische Kreise und Forschung	Akademische Einrichtungen
Kirchen	Kirchen
Privatpersonen	Privatpersonen

1 Ausgangslage

An seiner Sitzung vom 5. April 2023 erörterte der Bundesrat die Eckpunkte für die Ausarbeitung der Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 (IZA 25–28). In ihrem Aussprachepapier an den Bundesrat schlugen das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) vor, den erläuternden Bericht (Botschaftsentwurf) einer fakultativen Vernehmlassung zu unterziehen.¹

Eine Vernehmlassung erlaubt es, die Stellungnahmen der Kantone, der in der Bundesversammlung vertretenen Parteien, der Gemeinden, Städte und Berggebiete, der Dachverbände der Wirtschaft sowie weiterer interessierter Kreise einzuholen. Die im Sommer 2019 durchgeführte fakultative Vernehmlassung für die Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 war gut aufgenommen worden und hatte positiv zur Debatte beigetragen. Deshalb wurde entschieden, für den Botschaftsentwurf zur IZA-Strategie 2025–2028 wiederum eine fakultative Vernehmlassung durchzuführen.

Mit dieser fakultativen Vernehmlassung wollten das EDA und das WBF eine breite Abstützung für das künftige Engagement der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen sicherstellen (Armut, Ungleichheit, humanitäre Krisen, bewaffnete Konflikte, Migrationsfragen, Menschenrechtsverletzungen, Zerstörung natürlicher Ressourcen, Folgen des Klimawandels usw.).

2 Vernehmlassungsverfahren

2.1 Wichtigste Punkte des Vernehmlassungsentwurfs

Der Begriff «internationale Zusammenarbeit» (IZA) umfasst die Instrumente der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit, der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Förderung von Frieden und Menschenrechten. Umgesetzt wird die IZA vom EDA und vom WBF. Der Bundesrat legt alle vier Jahre den strategischen und finanziellen Rahmen für den Auftrag der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz (IZA) gemäss den einschlägigen Gesetzen fest.

Der erläuternde Bericht informierte über die strategische Ausrichtung der IZA für den Zeitraum 2025–2028 und enthielt fünf Verpflichtungskredite im Gesamtbetrag von 11,45 Milliarden Franken. 1,5 Milliarden Franken davon waren für die Unterstützung der Ukraine und der Region im Zeitraum 2025–2028 vorgesehen.

Gemäss dem erläuternden Bericht soll die strategische Ausrichtung der IZA-Strategie 2021–2024 beibehalten werden, da es diese ermöglicht hatte, flexibel auf die Krisen und Konflikte der letzten Jahre zu reagieren. Die Grundlage dieser Ausrichtung bilden:

- Drei Analysekriterien: 1) die Bedürfnisse vor Ort, 2) die langfristigen Interessen der Schweiz und 3) der Mehrwert der Schweizer IZA im internationalen Vergleich.
- Vier Entwicklungsziele: 1) menschliche Entwicklung, 2) nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, 3) Klima und Umwelt, 4) Frieden und Gouvernanz.
- Die Fokussierung auf vier Schwerpunktregionen: Subsahara-Afrika, Nordafrika/Mittlerer Osten, Asien und Osteuropa.
- Die Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und die Förderung neuer Technologien.

Um möglichst kontextbezogen handeln zu können, wurden folgende Anpassungen vorgeschlagen:

- Eine Erhöhung des Verpflichtungskredits für die humanitäre Hilfe.
- Spezifische Ziele zur Bewältigung der folgenden aktuellen Herausforderungen: Gesundheit, Migration, Förderung des lokalen Privatsektors und günstiger Rahmenbedingungen, Bekämpfung des Hungers, Wasser und Energiewende, Stärkung der demokratischen Institutionen, Partizipationsrechte und Geschlechtergleichstellung sowie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltentrennung.

¹ Es handelte sich um eine fakultative Vernehmlassung gemäss Artikel 3 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren (SR 172.061). Aus Sicht des EDA und des WBF waren die Voraussetzungen für eine obligatorische Vernehmlassung nach Artikel 3 Absatz 1 dieses Gesetzes nicht erfüllt.

- Wirksames und gezieltes Engagement auf multilateraler Ebene zur Bewältigung der zahlreichen Krisen und Konflikte.
- Konkrete Massnahmen unter Einbezug der lokalen Akteure, um deren Relevanz sowie eine nachhaltige Übergabe des Managements sicherzustellen.
- Nutzung des Schweizer Fachwissens.

Der Krieg in der Ukraine, sein ungewisser Ausgang und seine Folgen nehmen in dieser Strategie einen wichtigen Platz ein. Mit der Vernehmlassungsvorlage stellt die Schweiz ihr Engagement im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit weltweit und im Einklang mit ihrer Tradition und ihren Interessen sicher.

2.2 Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens

Die Vernehmlassung zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 wurde vom EDA und vom WBF am 20. Juni 2023 mit einer Pressekonferenz eröffnet und endete am 20. September 2023.

Die Vernehmlassungsteilnehmer wurden gebeten, die folgenden drei Fragen zu beantworten:

- 1) **Ziele der Schweizer IZA:** Halten Sie die vier Entwicklungsziele und die ausgewählten spezifischen Ziele für relevant (vgl. Ziff. 3.3.2 des erläuternden Berichts)?
- 2) **Geografischer Fokus:** Halten Sie die vorgeschlagene geografische Fokussierung für sinnvoll (vgl. Ziff. 3.3.3 des erläuternden Berichts)?
- 3) **Ukraine:** Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine (vgl. Ziff. 3.4 des erläuternden Berichts)?

Insgesamt gingen 219 Stellungnahmen ein. Geantwortet haben 23 Kantone, 6 in der Bundesversammlung vertretene politische Parteien und 1 Jungpartei, 11 gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft, Fachverbände und -organisationen, 172 weitere Organisationen und 6 Privatpersonen. Die Liste der Vernehmlassungsteilnehmer befindet sich im Anhang dieses Berichts.

Alle Stellungnahmen, die Liste der Vernehmlassungadressaten sowie alle übrigen Dokumente zu dieser Vernehmlassung wurden auf der Publikationsplattform des Bundesrechts veröffentlicht: www.fedlex.admin.ch > Startseite > Vernehmlassungsverfahren > Abgeschlossen > 2023 > EDA.

3 Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

3.1 Überblick

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens gingen 219 Stellungnahmen ein. Die Beteiligung ist damit 12 % tiefer als bei der öffentlichen Vernehmlassung von 2019 zur IZA-Strategie 2021–2024, zu der 249 Stellungnahmen vorlagen.

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer ging auf die drei gestellten Fragen ein. Bei den ersten beiden Fragen (Ziele und geografische Fokussierung) fielen die Antworten überwiegend zustimmend aus: Die unterbreiteten Vorschläge wurden unterstützt und/oder es wurde um Präzisierungen gebeten. Bei der dritten Frage (Ukraine) fand ein starkes Engagement in der Ukraine breite Unterstützung, der Finanzierungsvorschlag stiess jedoch auf Kritik. Neben den drei Fragen am häufigsten spontan thematisiert wurden der Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) und die Höhe der Zahlungen der IZA, die vorgeschlagene Anhebung des Budgets für die humanitäre Hilfe sowie die Transparenz der ausgewiesenen Mittelverwendung.

Die eingegangenen Stellungnahmen lassen sich wie folgt gliedern²:

Kategorie	Anzahl	in Prozent
Kantone	23	11%
Politische Parteien	7	3%
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft, Fachverbände und -organisationen	11	5%
NGOs, Stiftungen und Vereinigungen, ausserparlamentarische Kommissionen	138	63%
Akademische und wissenschaftliche Kreise	19	9%
Kirchen	15	7%
Privatpersonen	6	3%
Insgesamt	219	100%

Total Stellungnahmen nach Kategorie

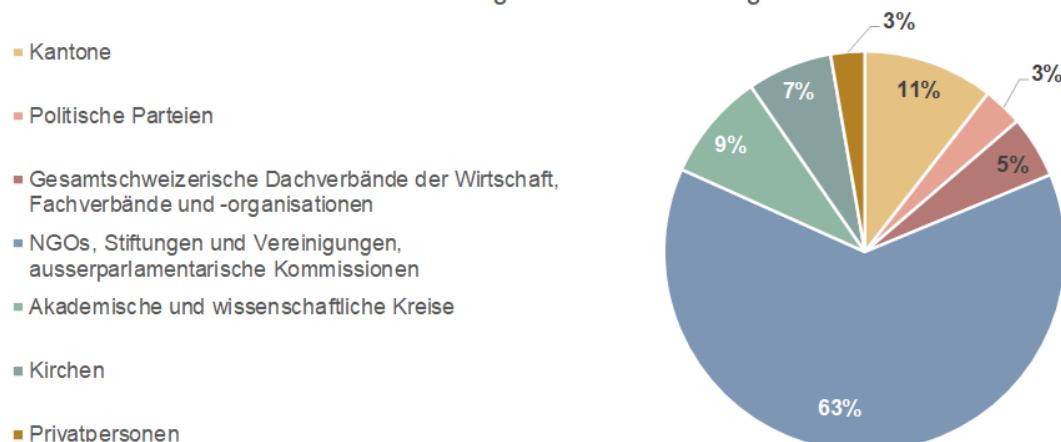


Abbildung 1

² Zur besseren Lesbarkeit werden im Bericht folgende Abkürzungen verwendet:

Kantone	Kantone
Politische Parteien	Parteien
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft, Fachverbände und -organisationen	Verbände
NGO, Stiftungen und Vereine	Organisationen
Ausserparlamentarische Kommissionen	Kommissionen
Akademische Kreise und Forschung	Akademische Einrichtungen
Kirchen	Kirchen
Privatpersonen	Privatpersonen

Zusätzlich zur Beantwortung der gestellten Fragen präzisierten 62 Teilnehmende (29 %) spontan ihre Position gegenüber der IZA-Strategie 2025–2028 als Ganzes: 47 (22 %) unterstützen diese vorbehaltlos, 5 (2 %) teilweise, 6 (3 %) eher nicht und 4 (2 %) unterstützen sie überhaupt nicht (*Abbildung 2*).



Abbildung 2

Die Mitte und die Junge Mitte unterstützen die allgemeine Stossrichtung der IZA-Strategie. Die Mitte sieht jedoch eine Diskrepanz zwischen den beantragten Mitteln und dem gemäss Vernehmlassungsvorlage steigenden Bedarf. Deshalb müssen ihres Erachtens entweder die Mittel erhöht oder Prioritäten gesetzt werden. Die Grünen sind der Ansicht, dass die Vernehmlassungsvorlage keine adäquate Antwort darstellt und der finanzielle Rahmen unzureichend ist. Sie fordern eine umfassende Überarbeitung der Vorlage, anerkennen aber, dass die Ziele das Potenzial haben, zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 beizutragen. Die SVP unterstützt die generelle Stossrichtung der IZA-Strategie 2025–2028, fordert jedoch, dass das Budget der IZA auf 2 Milliarden Franken jährlich begrenzt wird. Die SP lehnt die Vorlage mit der Begründung ab, die vorgesehenen Finanzmittel seien unzureichend. FDP und GLP äusserten sich nicht zur Strategie an sich.

Zu den 28 Organisationen, die ihre Haltung gegenüber der IZA-Strategie 2025–2028 präzisierten und diese vorbehaltlos unterstützen, gehören FGC, Helvetas, Save the Children und Zurich Foundation. Bei den 4 Organisationen, die sie teilweise unterstützen, handelt es sich um AGILE, CBM, COOPI und UNICEF. Nicht unterstützt wird sie von den 2 Organisationen FEDEVACO und FICD und überhaupt nicht unterstützt wird sie von den 2 Organisationen SolidarSuisse und Swissaid.

Die 2 akademischen Einrichtungen, die ihre Haltung gegenüber der IZA-Strategie 2025–2028 festhielten und diese vorbehaltlos unterstützen, sind SUPSI und Swissuniversities, eher nicht unterstützt wird sie vom CDE.

Insgesamt wird die IZA-Strategie 2025–28 ...

	unterstützt	eher unterstützt	eher nicht unterstützt	nicht unterstützt	keine Angabe
Kantone	AG, AI, BE, FR, GE, GR, JU, LU, NW, TI, UR, VS 12 (52 %)	--	--	--	11 (48 %)
Parteien	Mitte, Mitte- Jungpartei, SVP 3 (43 %)	--	Grüne 1 (14 %)	SPS 1 (14 %)	2 (29 %)
Verbände	CCIG 1 (9 %)	SBV 1 (9 %)		sgv 1 (9 %)	8 (73 %)
Kommissionen	--	--	--	--	3 (100 %)
Organisationen	28 (20 %)	4 (3 %)	2 (1 %)	2 (1 %)	99 (73 %)
Akademische Einrichtungen	2 (10 %)	--	1 (1 %)	--	17 (85 %)
Kirchen	--	--	--	--	16 (100 %)
Privatpersonen	1 (17 %)	--	2 (33 %)	--	3 (50 %)

3.2 1. Frage: Antworten

Ziele der Schweizer IZA: Halten Sie die vier Entwicklungsziele und die ausgewählten spezifischen Ziele für relevant?

3.2.1 1. Frage: Antwortüberblick (Abbildung 3)

In 149 Stellungnahmen (68 %) wurde die Frage explizit beantwortet: 128 (59 %) dieser Teilnehmenden bewerten die vier Entwicklungsziele und die spezifischen Ziele als relevant und 18 (8 %) als eher relevant. 1 Teilnehmer hält die vorgestellten Ziele für eher nicht relevant und 1 Teilnehmer für nicht relevant.

Jedes der vier Entwicklungsziele wurde insgesamt ähnlich häufig als relevant eingestuft. Präzisierungen wurden häufiger für das 3. Ziel «Klima und Umwelt» und das 4. Ziel «Frieden und Gouvernanz» gewünscht. In 62 (28 %) bzw. 61 (28 %) der Antworten wurde eine Präzisierung dieser Ziele verlangt.

Von den spezifischen Zielen wird keines in Frage gestellt. Die Vernehmlassungsteilnehmer betonen die Bedeutung der Gesundheit (51 [25 %]) sowie der Partizipationsrechte und der Geschlechtergleichstellung (47 [22 %]), fordern jedoch Präzisierungen und/oder eine stärkere Gewichtung (14 [6 %]) für das Ziel Gesundheit; (15 [7 %]) für Partizipationsrechte und Geschlechtergleichstellung. Als wichtige spezifische Ziele werden auch die Förderung von lokalen kleinen und mittleren Unternehmen (40 [18 %]), die Migration (35 [16 %]) und die Bekämpfung von Hunger (32 [15 %]) betrachtet.

Gewisse Themen sollen zudem nach Ansicht der Vernehmlassungsteilnehmer mehr Gewicht erhalten. Am häufigsten wurde dabei die Stärkung der Zivilgesellschaft genannt: 80 Teilnehmende (37 %) plädieren für eine stärkere Unterstützung durch die IZA. 55 Teilnehmende (25 %) fordern, dass der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern in der IZA-Strategie 2025–2028 ausdrücklich erwähnt wird. Für 53 Teilnehmende (24 %) muss klargestellt werden, dass die IZA keine Aktivitäten zur Förderung fossiler Energien finanziert, auch nicht indirekt. In 45 Antworten (21 %) wurde betont, dass die Sozial- und Umweltstandards im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung einzuhalten seien.

Die Armutsbekämpfung wurde in 55 Stellungnahmen (25 %) thematisiert: In 21 Antworten (u. a. 1 Kanton [ZH] und 1 Verband [Travail.Suisse]) wurde darauf hingewiesen, dass dies ein Verfassungsziel ist und somit ein Schwerpunkt bleiben muss. In 34 Antworten (16 %) (u. a. 2 Parteien [Grüne, SPS]) wurde verlangt, dass die Armutsbekämpfung auch Ziel des SECO sein sollte.

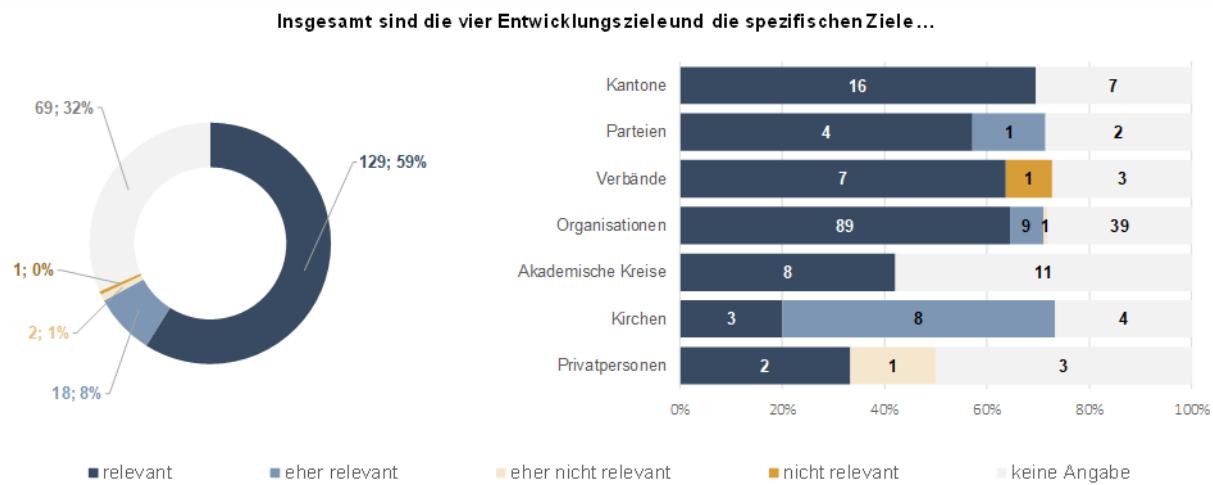


Abbildung 3

3.2.2 1. Frage: Antworten der Kantone

16 Kantone halten die vier Entwicklungsziele und die ausgewählten spezifischen Ziele für relevant.

Insgesamt sind die vier Entwicklungsziele und die spezifischen Ziele ...

	relevant	erher relevant	erher nicht relevant	keine Angabe
Kantone	AG, BL, BS, GE, GL, GR, JU, NW, OW, SG, SO, TG, TI, UR, ZG, ZH 16 (70 %)	--	--	7 (30 %)

3.2.3 1. Frage: Antworten der politischen Parteien

4 Parteien erachten die vier Entwicklungsziele und die ausgewählten spezifischen Ziele als relevant, 1 als erher relevant.

Insgesamt sind die vier Entwicklungsziele und die spezifischen Ziele ...

	relevant	erher relevant	erher nicht relevant	keine Angabe
Parteien	FDP, GLP, Grüne, Mitte 4 (57 %)	Mitte-Jungpartei 1 (14 %)	--	2 (29 %)

3.2.4 1. Frage: Antworten der Verbände

7 Verbände halten die vier Entwicklungsziele und die spezifischen Ziele für relevant und 1 Verband hält sie für nicht relevant.

Insgesamt sind die vier Entwicklungsziele und die spezifischen Ziele ...

	relevant	erher relevant	erher nicht relevant	nicht relevant	keine Angabe
Verbände	CCIG, economiesuisse, SBV, SGB, suisse.ing, Swissmem, Travail.Suisse (64 %)	--	--	sgv (9 %)	3 (27 %)

3.2.5 1. Frage: Antworten anderer interessierter Kreise

Von den drei Kommissionen, die auf die Vernehmlassung antworteten, ist eine Kommission (BK IZA) der Ansicht, dass die vier Entwicklungsziele und die spezifischen Ziele eher relevant sind.

Von den 138 Organisationen, die an der Vernehmlassung teilnahmen, halten 89 die vier Entwicklungsziele und die spezifischen Ziele für relevant (u. a. Alliance Sud, foraus, Helvetas, Plattform Agenda 2030, Swisscontact), 9 für eher relevant (u. a. Fastenaktion, FOSIT) und 1 für eher nicht relevant (FEDEVACO).

Von den 19 akademischen Einrichtungen, die sich an der Vernehmlassung beteiligten, erachten 8 die vier Entwicklungsziele und die spezifischen Ziele als relevant (u.a. IHEID, IPZ, SUPSI).

Von den 15 Kirchen, die auf die Vernehmlassung antworteten, bewerten 3 die vier Entwicklungsziele und die spezifischen Ziele als relevant und 8 als eher relevant.

6 Privatpersonen verfassten spontane Stellungnahmen. 2 stuften die vier Entwicklungsziele und die spezifischen Ziele als relevant ein und 1 als eher nicht relevant.

Insgesamt sind die vier Entwicklungsziele und die spezifischen Ziele ...

	relevant	ehrer relevant	ehrer nicht relevant	keine Angabe
Kommissionen	--	1 (33 %)	--	2 (67 %)
Organisationen	89 (64 %)	9 (7 %)	1 (1 %)	39 (28 %)
Akademische Einrichtungen	8 (42 %)	--	--	11 (58 %)
Kirchen	3 (20 %)	8 (53 %)	--	4 (27 %)
Privatpersonen	2 (33 %)	--	1 (17 %)	3 (50 %)

3.2.6 1. Frage: Anmerkungen zu den Entwicklungszielen und den spezifischen Zielen

In einigen Stellungnahmen wurden bestimmte Ziele spontan als wichtig bezeichnet oder Präzisierungen verlangt (Abbildung 4).

3.2.6.1 Entwicklungsziele

Alle vier Entwicklungsziele wurden dabei ähnlich häufig als wichtig erwähnt (je nach Ziel zwischen 12 % und 14 %). Insbesondere bei den Entwicklungszielen 3 «Klima und Umwelt» sowie 4 «Frieden und Gouvernanz» wurde um Präzisierungen gebeten.

Entwicklungsziel 1 – Menschliche Entwicklung

38 Stellungnahmen (18 %) enthielten spezifische Anmerkungen zum Entwicklungsziel 1:

- 25 Teilnehmende (12 %) finden das Ziel wichtig (3 Kantone [BL, JU, SO]; 1 Partei [Die Mitte]; 2 Verbände [SBLV, economiesuisse]; 17 Organisationen [u. a. DNDI, FGC, SwissFoundations, WWF]; 1 akademische Einrichtung [SSPH+]; 3 Kirchen und 1 Privatperson).
- 13 Teilnehmende (6 %) wünschen Präzisierungen (12 Organisationen [u. a. Helvetas, NIRAS, Plattform Agenda 2030, UNICEF] und 1 akademische Einrichtung [CDE]).

Entwicklungsziel 2 – Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung

53 Stellungnahmen (24 %) enthielten spezifische Kommentare zum Entwicklungsziel 2:

- 26 Teilnehmende (12 %) bezeichnen das Ziel als wichtig (4 Kantone [BL, JU, SO, TG]; 1 Partei [Junge Mitte]; 1 Verband [economiesuisse]; 19 Organisationen [u. a. SVF, HEKS, Max Havelaar, MMV]; 1 akademische Einrichtung [SSPH+]; 2 Kirchen und 1 Privatperson).
- 27 Teilnehmende (12 %) wünschen Präzisierungen (1 Partei [Die Mitte]; 1 Verband [Swissmem]; 20 Organisationen [u. a. Alliance Sud, Save the Children, Sensability, Swissaid]; 1 akademische Einrichtung [Ethik22]; 2 Kirchen und 1 Privatperson).

In 45 Stellungnahmen (21 %) wird betont, dass die *wirtschaftliche Entwicklung* sozial und ökologisch *nachhaltig* erfolgen muss und es zentral ist, dass sich die IZA-Partner an die geltenden nationalen und internationalen Standards halten (1 Kanton [FR]; 2 Parteien [Die Mitte, SPS]; 2 Verbände [SGB, Travail.Suisse]; 30 Organisationen [u. a. Alliance Sud, FOSIT, Greenpeace, WIDE]; 2 akademische Einrichtungen [ETH D-USYS, Ehtik22]; 8 Kirchen) (Abbildung 6).

Gemäss 14 Antworten (6 %) verdient die *Frage der Verschuldung der Länder des Südens* mehr Aufmerksamkeit in der IZA (1 Partei [SPS]; 11 Organisationen [u. a. Caritas und Plattform Agenda 2030]; 2 Privatpersonen). 3 Organisationen (HEKS, SAH, SFH) wünschen sich mehr Transparenz bei den Abkommen, die die Schweiz mit den Partnerländern schliesst (Abbildung 6).

Entwicklungsziel 3 – Klima und Umwelt

94 Vernehmlassungsteilnehmer (43 %) äusserten sich spezifisch zum Entwicklungsziel 3:

- 31 finden das Ziel wichtig (14 %) (8 Kantone [AG, BE, BL, BS, FR, GE, SO, UR]; 2 Parteien [FDP, GLP]; 18 Organisationen [u. a. CEAS, E-Changer, Médecins du monde, Terre des Hommes]; 3 akademische Einrichtungen [CDE, IHEID, SSPH+]).
- 63 wünschen Präzisierungen (29 %) (2 Parteien [Die Mitte, Grüne]; 2 Verbände [SBLV, SGB]; 1 Kommission [BK IZA]; 50 Organisationen [u. a. Caritas, Fastenaktion, FOSIT, HEKS, Pro Natura]; 3 akademische Einrichtungen [Basel Institute on Governance, Ethik22, Wyss Academy]; 3 Kirchen und 2 Privatpersonen).
- 1 Partei (SVP) ist der Ansicht, dass der Klimawandel kein Schwerpunkt der IZA sein sollte.

Laut 11 Stellungnahmen (5 %) sollte das Thema *Biodiversität* im vorgeschlagenen Text stärker betont werden (1 Partei [Grüne]; 8 Organisationen [u. a. BirdLife, Pro Natura, WWF]; 1 akademische Einrichtung [ETH D-USYS], 1 Privatperson) (Abbildung 6).

Entwicklungsziel 4 – Frieden und Gouvernanz

91 Vernehmlassungsteilnehmer (42 %) äusserten sich spezifisch zum Entwicklungsziel 4:

- 30 finden es wichtig (14 %) (2 Kantone [BL, ZH]; 1 Partei [Junge Mitte]; 1 Kommission [BK IZA]; 20 Organisationen [u. a. Allianz für eine ganzheitliche Sicherheitspolitik, cinfo, SwissFoundations, swisspeace]; 4 akademische Einrichtungen [Basel Institute on Governance, CDE, NADEL/CSS, SSPH+]; 1 Kirche).
- 61 Teilnehmende (28 %) wünschen Präzisierungen (1 Kanton [TI]; 2 Parteien [Die Mitte, Grüne]; 1 Verband [SGB]; 49 Organisationen [u. a. Alliance Sud, Brücke/Le Pont, FOSIT, PBI, WIDE]; 2 akademische Einrichtungen [Ethik22, Wyss Academy]; 3 Kirchen und 3 Privatpersonen).

Mit 80 Stellungnahmen (37 %), in denen die Bedeutung der *Zivilgesellschaft* betont wurde, war dies das am häufigsten erwähnte Thema (Abbildung 6):

- In 17 Stellungnahmen (8 %) wird die Zivilgesellschaft als wichtiges Thema bezeichnet (1 Kanton [BS]; 12 Organisationen [u. a. Heilsarmee, Fastenaktion, Terre des Hommes, UNICEF]; 2 akademische Einrichtungen [SMTM, Wyss Academy]; 1 Kirche; 1 Privatperson).
- In 63 Stellungnahmen (29 %) wurde der Wunsch geäussert, dass die IZA-Strategie 2025–2028 die Bedeutung der lokalen Zivilgesellschaft besser widerspiegelt (1 Kanton [GE]; 1 Partei [Grüne]; 3 Verbände [SGB, swiss.ing, Travail.Suisse]; 51 Organisationen [u. a. Alliance Sud, Caritas, FOSIT, swisspeace, WWF]; 1 akademische Einrichtung [Ethik22]; 4 Kirchen; 1 Privatperson).

Der *Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern* war das am zweithäufigsten genannte Thema: In 55 Antworten (25 %) wurde kritisiert, dass «*Massnahmen zur Stärkung und zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern in der Vernehmlassungsvorlage fehlen*» (1 Partei [Grüne]; 1 Verband [Travail.Suisse]; 49 Organisationen [u. a. SVF, Fastenaktion, Pro Natura, Swissaid, swisspeace, Terre des Hommes]; 2 akademische Einrichtungen [Ethik22, SMTM]; 1 Kirche; 1 Privatperson) (Abbildung 6)

15 Vernehmlassungsteilnehmer (7 %) sprachen die *Friedensförderung* an: 6 erachten sie als wichtig (2 Kantone [JU, SO]; 4 Organisationen [u. a. PBI, Sexuelle Gesundheit Schweiz]; 3 Organisationen wünschen Präzisierungen [CFD, EFS, Helvetas]; 6 Teilnehmende fordern, dass ihr mehr Gewicht beigemessen wird (1 Partei [GLP]; 1 Organisation [swisspeace], 1 akademische Einrichtung [NADEL/CSS], 3 Kirchen) (Abbildung 6).



Abbildung 4

Zu erwähnen ist schliesslich, dass in 24 Stellungnahmen (11 %) gefordert wurde, dass bestimmten Bevölkerungsgruppen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird:

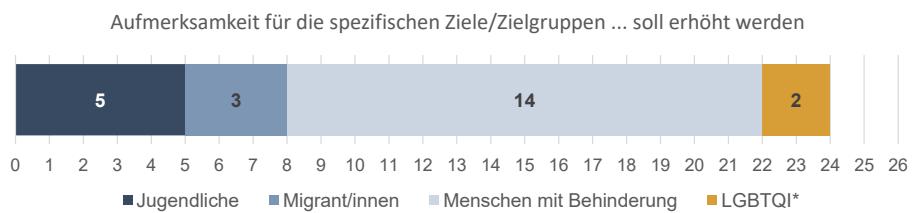


Abbildung 5

3.2.6.2 Spezifische Ziele

Migration

Die Migration wurde in 35 Stellungnahmen und damit von den spezifischen Zielen am vierhäufigsten kommentiert:

- In 19 Stellungnahmen (9 %) wird das Thema als wichtig eingestuft (6 Kantone: BE, BL, SO, TI, VD, ZH; 2 Parteien [FDP, SVP]; 1 Verband [Travail.Suisse]; 9 Organisationen [u. a. SRK und SwissFoundations]; 1 akademische Einrichtung [SMTH]).
- 9 Teilnehmende fordern Präzisierungen (1 Verband [SGB]; 8 Organisationen [u. a. AsyLex, GCNS, UNHCR, UNICEF]; 4 Teilnehmende eine stärkere Gewichtung (1 Kanton [TG]; 2 Parteien [Die Mitte, Die Junge Mitte]; 1 akademische Einrichtung [BFH]).
- 3 Organisationen (SAH, SFH, swisspeace) sind der Meinung, dass dieses Thema weniger Gewicht haben sollte.

Gesundheit

Das spezifische Ziel «Gesundheit» wurde mit 51 Stellungnahmen (23 %) am häufigsten kommentiert:

- In 20 Stellungnahmen (9 %) wird Gesundheit als wichtiges spezifisches Ziel bezeichnet (5 Kantone [BL, BS, GE, TI, VD]; 1 Partei [FDP]; 1 Verband [economiesuisse]; 11 Organisationen [u. a. DNDi, MSF, SAH, SFH]; 1 akademische Einrichtung [Basel Institute on Governance]; 1 Privatperson).
- In 14 Stellungnahmen (6 %) werden Präzisierungen gewünscht (1 Verband [SGB]; 13 Organisationen [u. a. Coopération Globale, Fairmed, Médecins du Monde, Public Health]).

- 17 Teilnehmende (8 %) verlangen einen stärkeren Fokus auf die Gesundheit (1 Kanton [JU]; 1 Partei [Die Mitte]; 1 Verband [Travail.Suisse]; 11 NGO [u. a. Jumpstart, MedicusMundi, SolidarMed, Swiss Malaria Group]; 3 akademische Einrichtungen [SMTH, SSPH+, SwissTPH]).

Bei den geforderten Präzisierungen und Ergänzungen betreffen 16 Antworten (7 %) eine stärkere Gewichtung des Rechts auf Gesundheit (14 Organisationen [u. a. Fairmed, IAMANEH, SAH, SFH]; 2 akademische Einrichtungen [SMTH, SSPH+]) (Abbildung 6).

15 Teilnehmende (7 %) fordern ein stärkeres Engagement der IZA für *sexuelle und reproduktive Rechte* (14 Organisationen [u. a. SVF, Handicap International, Sexuelle Gesundheit Schweiz, Women's Hope]; 1 akademische Einrichtung [SMTH]) (Abbildung 6).

Lokale kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Dieses spezifische Ziel steht bei der Anzahl der Kommentare mit 40 Stellungnahmen (18 %) an dritter Stelle:

- 26 Vernehmlassungsteilnehmer (12 %) erachten es als wichtig (3 Kantone [BL, JU, SG]; 1 Partei [FDP]; 1 Kommission [BK IZA], 18 Organisationen [u. a. foraus, Helvetas, Sensability, Zurich Foundation]; 1 akademische Einrichtung [SMTH]; 1 Kirche; 1 Privatperson).
- In 12 Stellungnahmen (10 %) werden Präzisierungen gewünscht (1 Partei [Die Mitte]; 2 Verbände [SGB, Travail.Suisse]; 5 Organisationen [u. a. Commundo, DRR-CCA]; 2 akademische Einrichtungen [Basel Institute on Governance, ETH D-USYS]; 2 Kirchen).
- In 2 Stellungnahmen wird gefordert, dass die IZA dieses Ziel stärker gewichtet (1 Verband [economiesuisse]; 1 Organisation [RMCH]).

30 Stellungnahmen (14 %) enthalten Kommentare zum Thema *Bildung*: 7 Teilnehmende betonen, dass das Thema wichtig ist (1 Kanton [JU]; 1 Kommission [UNESCO]; 4 Organisationen [u. a. Atma, FOSIT]; 1 Kirche); in 11 Stellungnahmen werden Präzisierungen gewünscht (1 Verband [SBLV]; 6 Organisationen [u. a. CBM; Plattform Agenda 2030]; 2 akademische Einrichtungen [PHZH, SNF]; 1 Kirche; 1 Privatperson); 12 Teilnehmende wünschen sich, dass Bildung mehr Gewicht erhält (1 Verband [economiesuisse]; 9 Organisationen [u. a. Helvetas, Swisscontact, SwissFoundations]; 2 akademische Einrichtungen [BFH, CDE]) (Abbildung 7).

Öffentliche Institutionen

In 23 Stellungnahmen (11 %) wurde dieses spezifische Ziel angesprochen:

- 10 Teilnehmende (5 %) erachten es als wichtig (3 Kantone [BL, JU, ZH]; 2 Verbände [economiesuisse, Swissmem]; 5 Organisationen [u. a. Brücke/Le Pont, SRK]).
- In 11 Stellungnahmen (5 %) wurden Präzisierungen verlangt (2 Verbände [SGB, Travail.Suisse]; 7 Organisationen [u. a. Alliance Sud, Swissaid]; 1 akademische Einrichtung [Ethik22]; 1 Kirche).
- In 2 Stellungnahmen wird gefordert, dass die IZA dieses Ziel stärker gewichtet (2 Organisationen [EverybodyNeedsWater, SWP]).

Bekämpfung von Hunger

In 33 Stellungnahmen (15 %) wurden die Bekämpfung von Hunger und die Ernährungssicherheit als wichtig bezeichnet oder es wurden Präzisierungen verlangt:

- 22 Teilnehmende (10 %) erachten die Bekämpfung von Hunger als wichtiges spezifisches Ziel (2 Kantone [BL, VD]; 1 Partei [FDP]; 1 Verband [economiesuisse]; 12 Organisationen [u. a. Alliance Sud, Caritas, MSF, Women's Hope]; 3 akademische Einrichtungen [CDE, Ethik22, SMTH]; 2 Kirchen).
- 9 Teilnehmende (4 %) wünschen Präzisierungen (1 Verband [SBV]; 7 Organisationen [u. a. CNS-FAO, Fastenaktion, Helvetas, WIDE]; 1 akademische Einrichtung [ETH D-USYS]).
- 2 Teilnehmende (1 %) fordern ein stärkeres Engagement bei der Bekämpfung von Hunger (1 Verband [SBLV]; 1 Organisation [Unité]).

Wasser

In 12 Stellungnahmen (6 %) wurde die Wichtigkeit von Themen im Zusammenhang mit Wasser betont oder um Präzisierungen gebeten:

- In 6 Antworten (3 %) wurde Wasser als wichtiges spezifisches Ziel genannt (1 Kanton [BL]; 1 Partei [FDP]; 1 Verband [economiesuisse]; 2 Organisationen [HEKS, MSF]; 1 akademische Einrichtung [CDE]).
- 5 Teilnehmende (2 %) wünschen Präzisierungen (1 Kommission [CNS-FAO] und 4 Organisationen [u. a. Swiss Malaria Group, SWP]).
- In 1 Antwort (1 %) wird ein stärkerer Fokus auf Wasser empfohlen (1 Organisation [SRK]).

Energiewende

Das spezifische Ziel der Energiewende wurde in 9 Antworten (4 %) als wichtig bezeichnet oder es wurden Präzisierungen verlangt:

- 6 Teilnehmende (3 %) erachten die Energiewende als wichtiges spezifisches Ziel (1 Kanton [BL]; 1 Partei [FDP]; 4 Organisationen [u. a. MSF und RMCH]).
- 2 Teilnehmende (1 %) wünschen Präzisierungen (1 Partei [Die Mitte]; 1 Organisation [Helvetas]).
- 1 Partei (SPS) ist der Ansicht, dass gewisse Massnahmen im Bereich der Energiewende durch Gelder ausserhalb der IZA finanziert werden sollten.

In Bezug auf die *fossilen Energien*, wurde in 53 Stellungnahmen (24 %) gefordert, es sei für das Ziel 3 zu präzisieren, dass «*die IZA keine Aktivitäten zur Förderung fossiler Energien (upstream, midstream, downstream) finanziert, auch nicht indirekt durch Beiträge an Fonds oder Investitionsinstrumente.*» (1 Partei [Grüne]; 2 Verbände [SGB, Travail.Suisse]; 46 Organisationen [u. a. BirdLife, Helvetas, GAiN, Klima-Allianz Schweiz]; 2 akademische Einrichtungen [Ethik22, Wyss Academy]; 2 Kirchen) (Abbildung 6).

Stärkung der demokratischen Institutionen

In 23 Stellungnahmen (11 %) wurde die Wichtigkeit dieses spezifischen Ziels betont oder es wurde um Präzisierungen gebeten:

- 17 Vernehmlassungsteilnehmer (8 %) erachten die Stärkung demokratischer Institutionen als wichtig (3 Kantone [BL, JU, VD]; 1 Partei [FDP]; 1 Verband [CCIG]; 10 Organisationen [u. a. SVF, BirdLife, Terre des Hommes, Women's Hope]; 1 akademische Einrichtung [SMTH]; 1 Kirche).
- 4 Teilnehmende (2 %) wünschen Präzisierungen (2 Organisationen [Forum ISR/PSE, RECI]; 2 akademische Einrichtungen [GCP, PHZH]).
- In 1 Antwort wird ein grösserer Fokus auf die Stärkung der demokratischen Institutionen empfohlen (1 Privatperson).
- In 1 Stellungnahme wird angeregt, die Stärkung demokratischer Institutionen weniger stark zu gewichten (1 akademische Institution [Basel Institute on Governance]), um «*die polarisierende Frage über demokratische und nicht-demokratische politische Systeme zu vermeiden*»).

In 25 Stellungnahmen (11 %) wird die Achtung und Stärkung der *Menschenrechte* erwähnt: 13 Teilnehmende erachten dies als wichtig (3 Kantone [GE, SO, VD]; 9 Organisationen [u. a. SVF, Heilsarmee]; 1 Privatperson); 6 wünschen Präzisierungen (1 Verband [SBLV]; 4 Organisationen [u. a. GCNS, UNICEF]; 1 Privatperson). 6 Teilnehmende regen an, dass diesem Aspekt mehr Gewicht beigemessen wird (5 Organisationen [u. a. HEKS, SwissFoundations]; 1 Privatperson) (Abbildung 6).

15 Teilnehmende (7 %) erwähnen die *Friedensförderung*: 6 erachten diese als wichtig (2 Kantone [JU, SO]; 4 Organisationen [u. a. PBI, Sexuelle Gesundheit Schweiz]); 3 Organisationen wünschen Präzisierungen (CFD, EFS, Helvetas); 6 Teilnehmende fordern, dass diesem Thema mehr Gewicht beigemessen wird (1 Partei [GLP]; 1 Organisation [swisspeace], 1 akademische Einrichtung [NADEL/CSS], 3 Kirchen) (Abbildung 6).

Partizipationsrechte und Geschlechtergleichstellung

Mit 47 Stellungnahmen (22 %), in denen das spezifische Ziel Partizipationsrechte und Geschlechtergleichstellung erwähnt wird, ist dies das am zweithäufigsten kommentierte spezifische Ziel:

- 14 Teilnehmende (6 %) betrachten die Partizipationsrechte und die Geschlechtergleichstellung als ein wichtiges spezifisches Ziel (2 Kantone [BL, GE]; 1 Kommission [CNS-FAO]; 10 Organisationen [u. a. SVF, HEKS, Helvetas, PBI]; 1 Kirche).
- In 22 Stellungnahmen (10 %) werden Präzisierungen gewünscht (2 Parteien [FDP, Grüne]; 1 Verband [SBLV]; 15 Organisationen [u. a. Jumpstart, Medicus Mundi, Sensability, UNHCR]; 2 akademische Einrichtungen [CDE, SMTH]; 1 Kirche; 1 Privatperson).
- 11 Stellungnahmen (5 %) empfehlen eine stärkere Gewichtung der Partizipationsrechte und der Geschlechtergleichstellung (1 Verband [A*ds]; 9 Organisationen [Alliance F, SRK, swisspeace, Women's Hope]; 1 akademische Einrichtung (BFH)).

Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung

In 26 Stellungnahmen (12 %) wurde die Wichtigkeit dieses spezifischen Ziels betont oder es wurden Präzisierungen gewünscht:

- 14 Vernehmlassungsteilnehmer (6 %) erachten Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung als wichtiges spezifisches Ziel (2 Kantone [BL, VD]; 1 Partei [FDP]; 1 Verband [SBV]; 1 Kommission [BK IZA]; 8 Organisationen [u. a. Allianz für eine ganzheitliche Sicherheitspolitik, BirdLife, GCNS, SwissFoundations]; 1 Privatperson).
- 3 Teilnehmende (1 %) möchten Präzisierungen (2 Organisationen [CH++, RECI]; 1 akademische Einrichtung [Basel Institute on Governance]).
- 9 Teilnehmende (4 %) fordern eine stärkere Gewichtung von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung (1 Kanton [TI]; 1 Verband [economiesuisse]; 6 Organisationen [u. a. Atma, COOPI, FOSIT, Médecins du Monde]; 1 Privatperson).

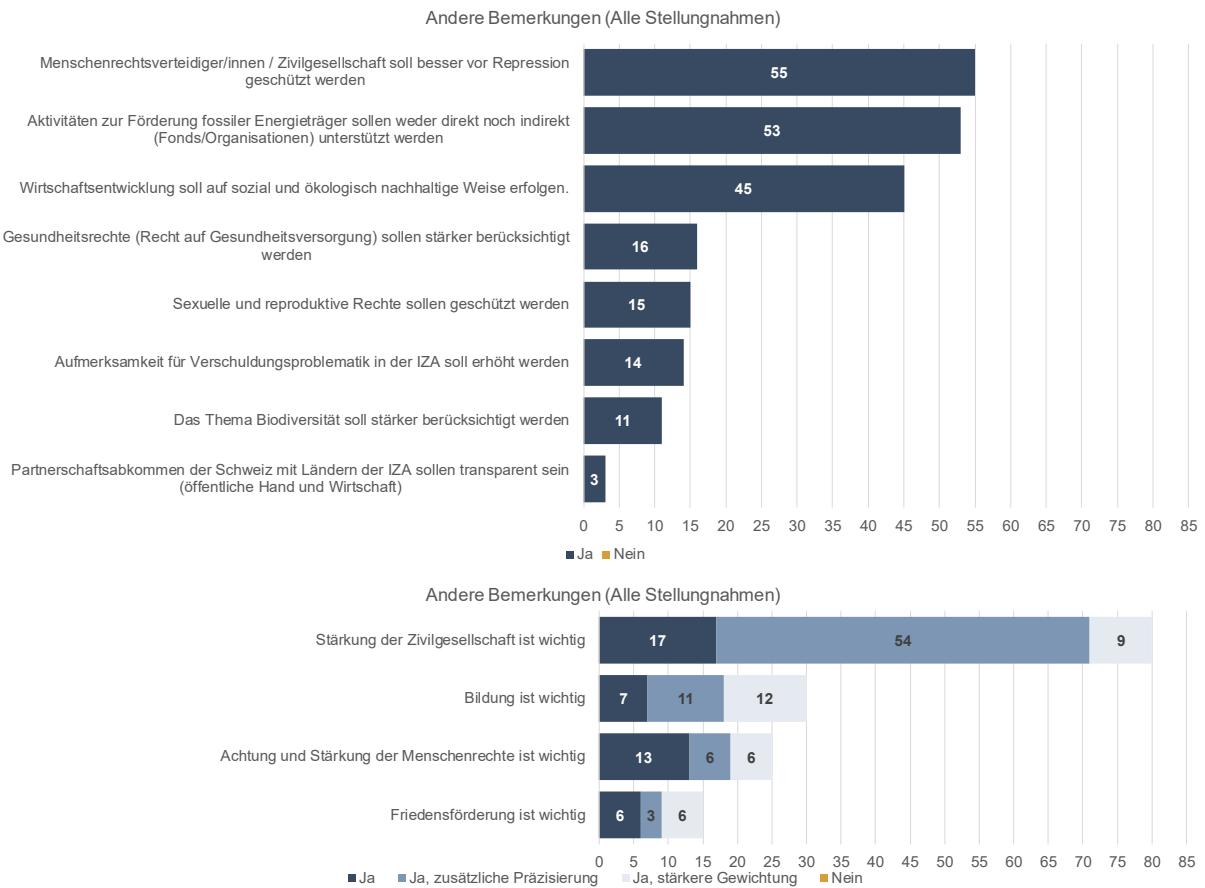


Abbildung 6

3.3 2. Frage: Antworten

Geografische Fokussierung: Halten Sie die vorgeschlagene geografische Fokussierung für sinnvoll?

3.3.1 2. Frage: Antwortüberblick

In 121 Stellungnahmen (55 %) wurde diese Frage explizit beantwortet: 98 Teilnehmende (45 %) erachteten die geografische Fokussierung als sinnvoll, 22 Teilnehmende (10 %) wünschen sich eine stärkere Fokussierung (Abbildung 7).

Die vorgeschlagene geografische Fokussierung...

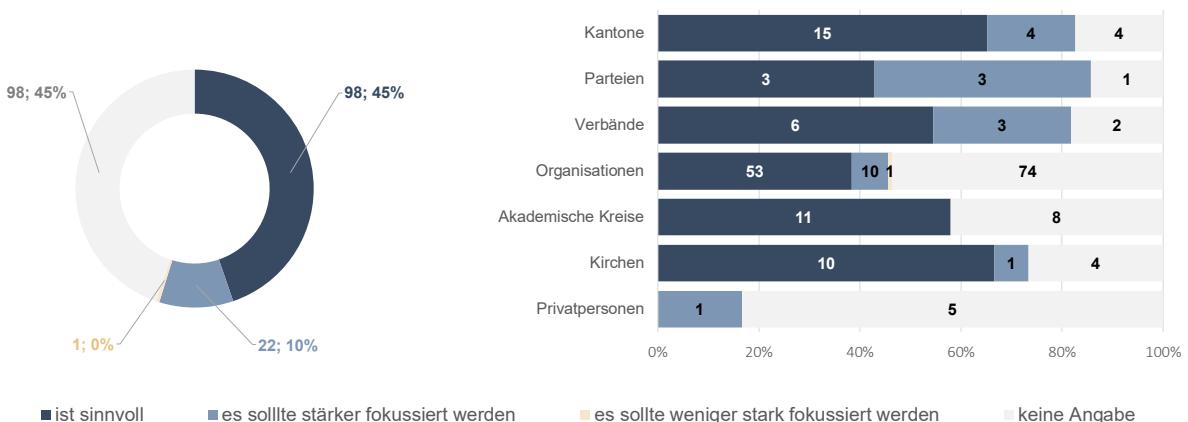


Abbildung 7

3.3.2 2. Frage: Antworten der Kantone

15 Kantone halten die vorgeschlagene geografische Fokussierung für sinnvoll. 4 Kantone sind der Meinung, dass eine stärkere Fokussierung notwendig ist.

Die vorgeschlagene geografische Fokussierung...

	ist sinnvoll	sollte stärker fokussiert werden	sollte weniger stark fokussiert werden	keine Angabe
Kantone	AG, BL, FR, GE, GL, GR, JU, NE, NW, OW, SG, SO, UR, ZG, ZH 15 (65 %)	BE, BS, TG, TI 4 (18 %)	--	4 (17 %)

5 Kantone (BS, FR, NE, TG, ZH) wünschen eine stärkere Fokussierung auf die LDC.

2 Kantone (AG, GE) bedauern den Rückzug der bilateralen Zusammenarbeit aus Lateinamerika. 2 andere Kantone (JU, TI) betonen die Wichtigkeit des Engagements in Subsahara-Afrika, 1 Kanton (TG) die Bedeutung des Engagements in Osteuropa.

6 Kantone (AG, BE, FR, SO, TG, TI) wünschen sich eine stärkere Fokussierung auf die Herkunftsländer der in die Schweiz kommenden Migrantinnen und Migranten.

1 Kanton (ZG) wünscht sich eine grössere Übereinstimmung zwischen den Ländern der DEZA und des SECO.

3.3.3 2. Frage: Antworten der politischen Parteien

Die geografische Fokussierung wird von drei Parteien als sinnvoll erachtet, drei andere Parteien wünschen sich eine stärkere Fokussierung.

Die vorgeschlagene geografische Fokussierung...

	ist sinnvoll	sollte stärker fokussiert werden	sollte weniger stark fokussiert werden	keine Angabe
Parteien	GLP, Grüne, Mitte-Jungpartei 3 (43 %)	FDP, Mitte, SVP 3 (43 %)	--	3 (14 %)

Die Mitte betont die Bedeutung des Engagements in Subsahara-Afrika sowie in der Region MENA, die Junge Mitte das Engagement in der Region MENA. Das Engagement in Osteuropa wird von der Mitte, den Grünen, der GLP und der SPS als wichtig erachtet.

Die Mitte schlägt vor, das Engagement in Asien zu überprüfen, um eine Verzettelung der IZA in dieser Region zu vermeiden. Die SPS fordert, dass das Engagement für Frieden und Menschenrechte in Lateinamerika nicht abgebaut wird.

GLP und SPS plädieren für eine Fokussierung auf die LDC.

Die Mitte, die SVP und die Junge Mitte verlangen eine stärkere geografische Fokussierung auf die Herkunftsländer der in die Schweiz kommenden Migrantinnen und Migranten.

3.3.4 2. Frage: Antworten der Verbände

Die geografische Fokussierung wird von 6 Verbänden als sinnvoll erachtet, 3 andere fordern eine stärkere Fokussierung.

Die vorgeschlagene geografische Fokussierung...

	ist sinnvoll	sollte stärker fokussiert werden	sollte weniger stark fokussiert werden	keine Angabe
Verbände	CCIG, SBLV, SBV, SGB, suisse.ing, Travail.Suisse 6 (55 %)	economiesuisse, sgv, Swissmem 3 (27 %)	--	2 (18 %)

Das Engagement in Subsahara-Afrika wird vom SBLV und von suisse.ing als wichtig erachtet. suisse.ing hält auch das Engagement in der MENA-Region und in Osteuropa für wichtig.

SGB und Travail.Suisse befürworten eine Fokussierung auf die LDC.

3.3.5 2. Frage: Antworten weiterer interessierter Kreise

53 Organisationen (u. a. Alliance Sud, Fastenaktion, Greenpeace, NADEL/CSS, SKR, Swissaid) erachten die vorgeschlagene geografische Fokussierung als sinnvoll. 11 Teilnehmende (9 Organisationen, 1 Kirche und 1 Privatperson) sind der Ansicht, dass eine stärkere Fokussierung notwendig ist (u. a. Allianz Sicherheit Schweiz, FGC, SGA, Zurich Foundation). 1 Organisation hält eine weniger starke Fokussierung für wünschenswert (IDEAS).

Die vorgeschlagene geografische Fokussierung...

	ist sinnvoll	sollte stärker fokussiert werden	sollte weniger stark fokussiert werden	keine Angabe
Kommissionen	--	1 (33 %)	--	2 (67 %)
Organisationen	53 (39 %)	9 (7 %)	1 (1 %)	72 (53 %)
Akademische Einrichtungen	11 (58 %)	--	--	8 (42 %)
Kirchen	10 (67 %)	1 (6 %)	--	4 (27 %)
Privatpersonen	--	1 (17 %)	--	5 (83 %)

Die Bedeutung des Engagements in Subsahara-Afrika wird von der BK IZA, 6 Organisationen (u. a. Interpeace und MSF) und 3 akademischen Einrichtungen (BFH, PHZH und Wyss Academy) hervorgehoben. 9 Organisationen (u. a. FOSIT und NIRAS) wünschen sich ein stärkeres Engagement in dieser Region.

Die BK IZA, das FoBBIZ und die PHZH betonen die Wichtigkeit des Engagements in der MENA-Region. 3 Organisationen (NIRAS, Forum ISR/PSE, EFS) plädieren für ein stärkeres Engagement in dieser Region.

Die Wichtigkeit des Engagements in Osteuropa wird von BK IZA, Helvetas, NIRAS, PHZH und UNHCR hervorgehoben. Das Engagement in Asien wird von BK IZA, FoBBIZ, KFPE, Plattform Agenda 2030, SDSN, Wyss Academy und Zurich Foundation als wichtig erachtet.

In 10 Stellungnahmen anderer interessierter Kreise wird bedauert, dass Lateinamerika keine Schwerpunktregion mehr ist (Basel Institute on Governance, CDE, ETH D-USYS, Fastenaktion, Inter-Agire, Max Havelaar, PBI, SFR, Unité und Vivamos Mejor).

68 Organisationen (u. a. Caritas, Coopération Globale, foraus, FOSIT, HEKS) wünschen eine Fokussierung auf die LDC.

Von den Privatpersonen, die spontan auf die Vernehmlassung antworteten, hält 1 Person die geografische Fokussierung für sinnvoll. 2 wünschen sich ein stärkeres Engagement in Subsahara-Afrika.

3.4 3. Frage: Antworten

Ukraine: Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine?

3.4.1 3. Frage: Antwortüberblick

Von den Teilnehmenden, die explizit auf die gestellte Frage antworteten, wurde die vorgeschlagene Mittelzuweisung in 22 Stellungnahmen (10 %) begrüßt und in 99 Antworten (45 %) abgelehnt (*Abbildung 8*).



Abbildung 8

Die Vorbehalte beziehen sich jedoch nicht auf die Unterstützung der Ukraine an sich. 159 Teilnehmende (72 %) erwähnten nämlich von sich aus, dass sie diese Unterstützung für wichtig halten, 77 dieser Teilnehmenden (35 %) sind jedoch der Meinung, dass die vorgesehenen Mittel nicht ausreichen (*Abbildung 9*).



Abbildung 9

Bei den Vorbehalten steht die Befürchtung im Vordergrund, dass die Hilfe für die Ukraine zulasten anderer Einsatzregionen und anderer Schwerpunkte der IZA gehen könnte (*Abbildung 10*). Ebenfalls kritisiert wurde die Finanzierung. In verschiedenen Stellungnahmen wurde gefordert, diese Hilfe nicht volumärfähig oder teilweise durch das IZA-Budget zu decken (*Abbildung 11*). Ebenfalls aufgeworfen

wurde dabei die Frage, ob eine eigene gesetzliche Grundlage geschaffen werden sollte (Abbildung 12).

164 Teilnehmende (75 %) sind der Meinung, dass die Hilfe für die Ukraine nicht zulasten der übrigen Regionen und Schwerpunkte erfolgen darf. In 3 Stellungnahmen (1 %) wird eine Verschiebung von Mitteln aus anderen Regionen und Themenbereichen der IZA in die Ukraine-Hilfe befürwortet (Abbildung 10).

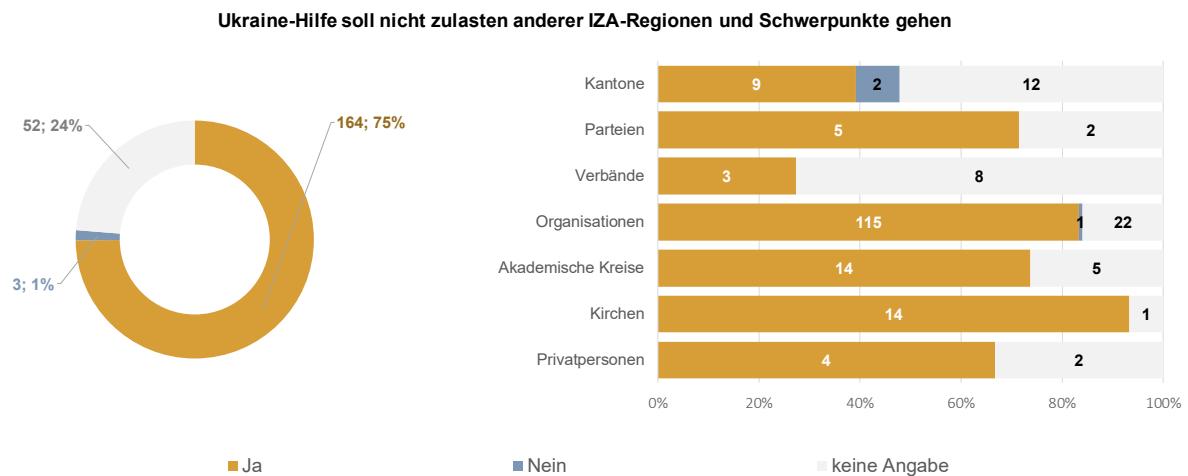


Abbildung 10

150 Teilnehmende (68 %) fordern, dass die Mittel für die Ukraine-Hilfe nicht aus dem IZA-Finanzrahmen entnommen werden. 5 dieser Teilnehmenden präzisieren, dass spezifisch die Wiederaufbauhilfe auf diese Weise finanziert werden sollte (Abbildung 11).

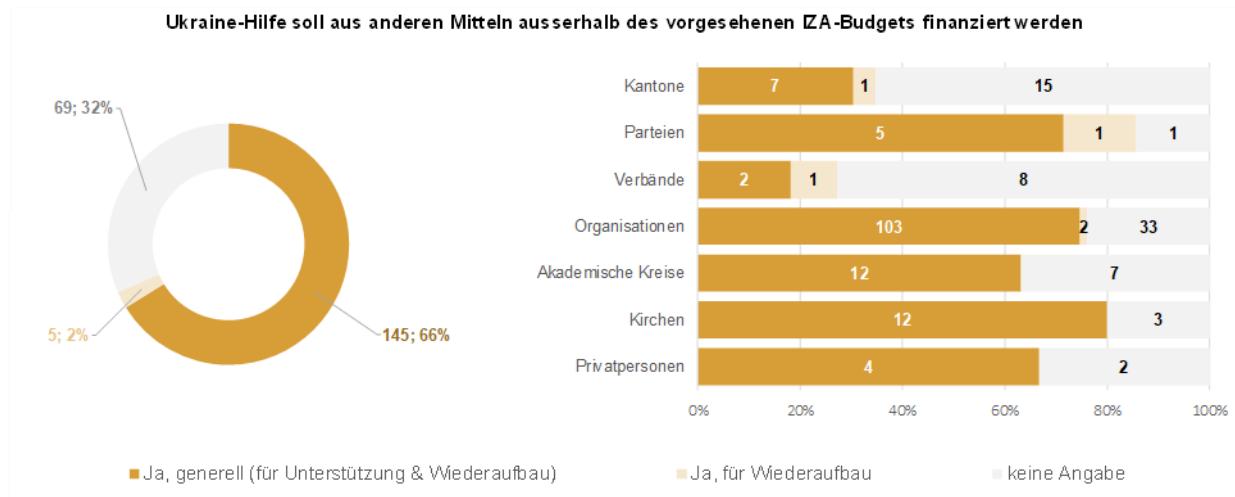


Abbildung 11

87 Teilnehmende (40 %) fordern, dass eine eigene gesetzliche Grundlage geschaffen wird. Nach Ansicht von 54 Teilnehmenden (25 %) sollte diese sowohl für die Wiederaufbauhilfe als auch für die aktuelle Hilfe (Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe) zur Anwendung kommen. 33 Teilnehmende (15 %) fordern, dass sie für die Wiederaufbauhilfe gelten sollte. (Abbildung 12).

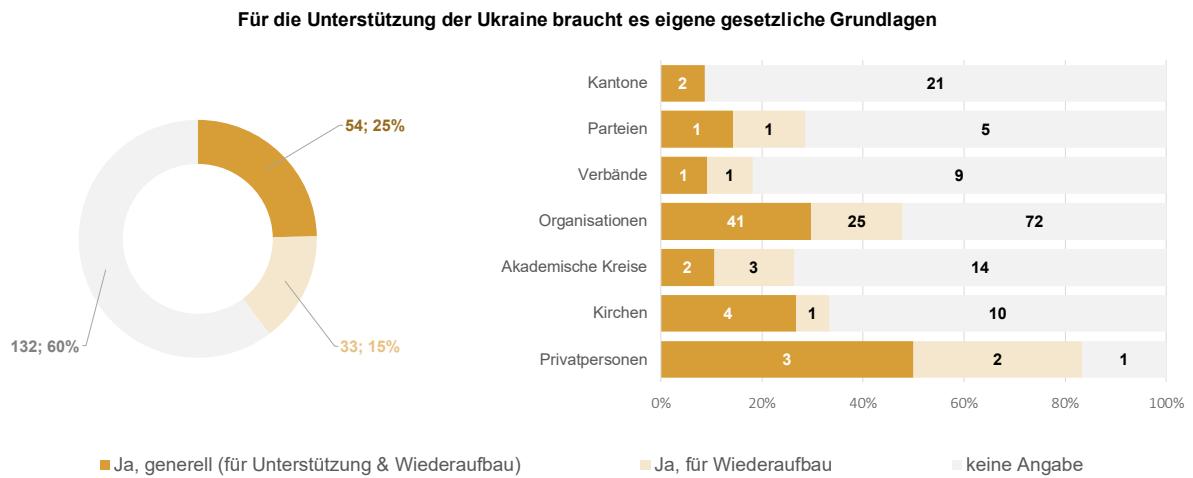


Abbildung 12

3.4.2 3. Frage: Antworten der Kantone

Auf die Frage «Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine?» antworteten 15 Kantone mit Ja und 2 mit Nein. Letztere befürchten, dass die vorgeschlagene Lösung zulasten anderer Regionen und Schwerpunkte der IZA gehen würde.

Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine?

	Ja	Nein	keine Angabe
Kantone	AG, AI, BE, BL, GL, GR, JU, NW, OW, SG, TG, TI, UR, VD, ZH 15 (65 %)	FR, SO 2 (9 %)	6 (26 %)

13 Kantone halten die Unterstützung der Ukraine für wichtig, wobei 1 Kanton der Ansicht ist, dass dafür mehr Mittel erforderlich sind als vorgeschlagen.

Unterstützung für die Ukraine ist grundsätzlich ...

	wichtig	wichtig und braucht mehr	nicht so wichtig	keine Angabe
Kantone	AG, BL, BS, FR, GE, OW, SG, TG, TI, UR, VD, ZG, ZH 13 (57 %)	SO 1 (4 %)	--	8 (39 %)

9 Kantone teilen die Ansicht, dass die Ukraine-Hilfe nicht zulasten der anderen Regionen und Schwerpunkte gehen darf. 2 befürworten, dass innerhalb des IZA-Finanzrahmens mehr Mittel an die Ukraine fliessen.

Ukraine-Hilfe soll NICHT zulasten anderer IZA-Regionen und Schwerpunkte gehen

	Ja	Nein	keine Angabe
Kantone	BE, BL, BS, FR, GE, GL, NE, SO, ZH 9 (39 %)	AG, TI 2 (9 %)	12 (52 %)

7 Kantone regen an, die Ukraine-Hilfe generell ausserhalb der IZA zu finanzieren. In einer Stellungnahme wird präzisiert, dass diese Finanzierungsart für die Wiederaufbauhilfe zur Anwendung kommen sollte.

Ukraine-Hilfe soll aus anderen Mitteln ausserhalb der vorgesehenen IZA-Mittel finanziert werden

	Ja, generell für Unterstützung & Wiederaufbau	Ja, für Wiederaufbau	Nein	Keine Angabe
Kantone	BE, FR, GE, GL, NE, SO, ZH 7 (30 %)	BS 1 (4 %)	--	15 (66 %)

2 Kantone fordern, dass generell eine eigene gesetzliche Grundlage für die Ukraine-Hilfe geschaffen werden.

Für die Unterstützung der Ukraine braucht es eigene gesetzliche Grundlagen

	Ja, generell für Unterstützung & Wiederaufbau	Ja, für Wiederaufbau	Nein	Keine Angabe
Kantone	FR, NE 2 (9 %)	--	--	21 (91 %)

3.4.3 3. Frage: Antworten der politischen Parteien

Auf die Frage «Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine?» antworteten 2 Parteien mit Ja und 1 Partei, die Grünen, mit Nein. Die Grünen lehnen den Finanzierungsvorschlag mit der Begründung ab, dass die Mittel viel zu tief angesetzt seien. Sie verlangen, dass die Ukraine-Unterstützung auf mindestens 5 Milliarden Franken ausgebaut wird.

Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine?

	Ja	Nein	keine Angabe
Parteien	FDP, SVP 2 (29 %)	Grüne 1 (14 %)	4 (57 %)

5 Parteien erachten die Unterstützung der Ukraine als wichtig, 1 davon findet jedoch, dass dafür mehr Mittel erforderlich seien als vorgesehen.

Unterstützung für die Ukraine ist grundsätzlich ...

	wichtig	wichtig und braucht mehr Mittel	nicht so wichtig	keine Angabe
Parteien	Mitte, FDP, GLP, SPS, Mitte-Jungpartei 5 (71 %)	Grüne 1 (14 %)	--	1 (14 %)

5 Parteien weisen darauf hin, dass die Ukraine-Hilfe nicht zulasten anderer Regionen und Schwerpunkte gehen sollte.

Ukraine-Hilfe soll NICHT zulasten anderer IZA-Regionen und Schwerpunkte gehen

	Ja	Nein	keine Angabe
Parteien	Mitte, Grüne, GLP, SPS, Mitte-Jungpartei, 5 (71 %)	--	2 (29 %)

6 Parteien möchten, dass die Ukraine-Hilfe generell ausserhalb der für die IZA vorgesehenen Mittel finanziert wird. In 1 Stellungnahme (FDP) wird präzisiert, dass eine solche Finanzierung für den Wiederaufbau gefunden werden müsse. Die Grünen und die SPS fordern, dass die finanziellen Mittel für die Ukraine ausserhalb des Finanzrahmens der IZA bereitgestellt und als ausserordentliche Ausgaben gemäss Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe a des Finanzhaushaltsgesetzes³ verbucht werden. Die GLP plädiert dafür, diese Mittel als ausserordentlichen Zahlungsbedarf gemäss Artikel 126 Absatz 3 der Bundesverfassung⁴ zu verbuchen.

³ SR 611.0

⁴ SR 101

Ukraine-Hilfe soll aus anderen Mitteln ausserhalb der vorgesehenen IZA-Mittel finanziert werden

	Ja, generell für Unterstützung & Wiederaufbau	Ja, für Wiederaufbau	Nein	Keine Angabe
Parteien	Mitte, Grüne, GLP, SPS, Mitte-Jungpartei, 5 (72 %)	FDP 1 (14 %)	SVP 1 (14 %)	--

1 Partei (Grüne) fordert, dass generell eine eigene gesetzliche Grundlage für die Ukraine-Hilfe geschaffen wird, 1 andere (SPS) verlangt eine eigene gesetzliche Grundlage für die Wiederaufbauhilfe.

Für die Unterstützung der Ukraine braucht es eigene gesetzliche Grundlagen

	Ja, generell für Unterstützung & Wiederaufbau	Ja, für Wiederaufbau	Nein	Keine Angabe
Parteien	Grüne 1 (14 %)	SPS 1 (14 %)	--	5 (71 %)

3.4.4 3. Frage: Antworten der Verbände

Auf die Frage «Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine?» antworteten 3 Verbände mit Ja und 3 mit Nein.

Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine?

	Ja	Nein	keine Angabe
Verbände	CCIG, economiesuisse, Swissmem 3 (27 %)	sgv, SBLV, SGB 3 (27 %)	5 (46 %)

4 Verbände erachten die Unterstützung der Ukraine als wichtig, 3 davon finden jedoch, dass es dafür mehr Mittel brauche als vorgesehen.

Unterstützung für die Ukraine ist grundsätzlich ...

	wichtig	wichtig und braucht mehr Mittel	nicht so wichtig	keine Angabe
Verbände	economiesuisse, SBLV, SBV, suisse.ing 4 (36 %)	SGB, Swissmem, Travail.Suisse 3 (27 %)	--	4 (37 %)

3 Verbände weisen darauf hin, dass die Ukraine-Hilfe nicht zulasten anderer Regionen und Schwerpunkte der IZA gehen sollte.

Ukraine-Hilfe soll NICHT zulasten anderer IZA-Regionen und Schwerpunkte gehen

	Ja	Nein	keine Angabe
Verbände	SBLV, SGB, Travail.Suisse 3 (27 %)		8 (73 %)

2 Verbände schlagen vor, die Mittel für die Ukraine allgemein ausserhalb des IZA-Finanzrahmens bereitzustellen. 1 Verband (SGB) fordert dabei, die finanziellen Mittel für die Ukraine ausserhalb des Finanzrahmens der IZA bereitzustellen und als ausserordentliche Ausgaben gemäss Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe a des Finanzhaushaltsgesetzes⁵ zu verbuchen. In 1 Stellungnahme wird präzisiert, dass die Wiederaufbauhilfe auf diese Weise finanziert werden sollte.

Ukraine-Hilfe soll aus anderen Mitteln ausserhalb der vorgesehenen IZA-Mittel finanziert werden

	Ja, generell für Unterstützung & Wiederaufbau	Ja, für Wiederaufbau	Nein	Keine Angabe
Verbände	SGB, Travail.Suisse 2 (18 %)	SBLV 1 (9 %)	--	8 (73 %)

1 Verband fordert, dass generell eine eigene gesetzliche Grundlage für die Ukraine-Hilfe geschaffen wird, 1 weiterer Verband befürwortet eine eigene gesetzliche Grundlage für den Wiederaufbau.

Für die Unterstützung der Ukraine braucht es eigene gesetzliche Grundlagen

	Ja, generell für Unterstützung & Wiederaufbau	Ja, für Wiederaufbau	Nein	Keine Angabe
Verbände	SGB 1 (9 %)	Travail.Suisse 1 (9 %)	--	9 82 %

3.4.5 3. Frage: Antworten anderer interessierter Kreise

Antworten auf die Frage «Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine?»:

- 1 Kommission (BK IZA) verneinte und präzisierte: «[Die BK-IZA] spricht sich jedoch grossmehrheitlich dagegen aus, dass die dafür vorgesehenen zusätzlichen Mittel zu Lasten des Rahmenkredits der IZA für die Jahre 2025–2028 gehen. (...) Eine Minderheit ist der Auffassung, dass die vorgeschlagene Integration und die Höhe des Ukrainekredits einen ausgewogenen Kompromiss zwischen entwicklungspolitischen Zielen und finanzpolitischen Gegebenheiten darstellt.»
- 2 Organisationen antworteten mit Ja (Allianz Sicherheit Schweiz, SANTD) und 64 mit Nein (u. a. Alliance Sud, foraus, oeku, Pro Natura, Terre des Hommes).
- 11 akademische Einrichtungen antworteten mit Nein (u. a. ETH4D, BFH, NADEL/CSS).
- 14 Kirchen antworteten mit Nein.
- 3 Privatpersonen antworteten mit Nein.

Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine?

	Ja	Nein	keine Angabe
Kommissionen	--	1 (33 %)	2 (67 %)
Organisationen	2 (1 %)	64 (48 %)	69 (51 %)
Akademische Einrichtungen	--	11 (58 %)	8 (42 %)
Kirchen	--	14 (93 %)	1 (7 %)
Privatpersonen	--	3 (50 %)	3 (50 %)

In einigen Antworten von anderen Interessierten wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Unterstützung für die Ukraine wichtig ist:

- 3 Kommissionen.
- 109 Organisationen (u. a. Allianz für eine ganzheitliche Sicherheitspolitik, AsyLex, Interpeace, SFR, Valais Solidaire), wobei 64 davon der Ansicht sind, dass für diese Unterstützung mehr Mittel erforderlich sind als vorgeschlagen (u. a. Caritas, DRR-CCA, foraus, Swissaid, Ukrainischer Verein).
- 12 akademische Einrichtungen (u. a. IHEID, IPZ, Swissuniversities), wobei 6 davon darauf hinweisen, dass für diese Unterstützung mehr Mittel erforderlich seien als vorgeschlagen (u. a. BFH, CDE).
- 5 Kirchen und 1 Privatperson, von denen 2 mehr Mittel fordern als vorgesehen.

Unterstützung für die Ukraine ist grundsätzlich ...

	wichtig	wichtig und braucht mehr Mittel	nicht so wichtig	keine Angabe
Kommissionen	3 (100 %)	--	--	--
Organisationen	45 (34 %)	64 (47 %)	--	26 (19 %)
Akademische Einrichtungen	6 (32 %)	6 (32 %)	--	7 (36 %)
Kirchen	5 (33 %)	1 (7 %)	--	9 (60 %)
Privatpersonen	1 (17 %)	1 (17 %)	--	4 (66 %)

In einem Teil der Antworten der anderen interessierten Kreise wird auch angemerkt, dass die Ukraine-Hilfe nicht zulasten anderer Regionen und Schwerpunkte der IZA gehen sollte:

- 1 Kommission (BK IZA)
- 114 Organisationen (u. a. SVF, Brücke/Le Pont, FOSIT, IKRK, SRK, SwissFoundations, Zurich Foundation)
- 14 akademische Einrichtungen (u. a. Basel Institute on Governance, CDE, NADEL/CSS, Swissuniversities)
- 14 Kirchen
- 4 Privatpersonen

Ukraine-Hilfe soll NICHT zulasten anderer IZA-Regionen und Schwerpunkte gehen

	Ja	Nein	keine Angabe
Kommissionen	1 (33 %)	--	2 (67 %)
Organisationen	114 (84 %)	1 (1 %)	20 (15 %)
Akademische Einrichtungen	14 (74 %)	--	5 (26 %)
Kirchen	14 (93 %)	--	1 (7 %)
Privatpersonen	4 (67 %)	--	2 (33 %)

Andere Interessierte befürworten zum Teil auch eine Finanzierung der Ukraine-Hilfe ausserhalb der IZA:

- 1 Kommission (BK IZA)
- 102 Organisationen (u. a. Allliance Sud, foraus, oeku, Pro Natura, SANTD, Terre des Hommes)
- 12 akademische Einrichtungen (u. a. NADEL/CSS, SUPSI, Wyss Academy)
- 12 Kirchen
- 4 Privatpersonen

Ukraine-Hilfe soll aus anderen Mitteln ausserhalb der vorgesehenen IZA-Mittel finanziert werden

	Ja, generell für Unterstützung & Wiederaufbau	Ja, für Wiederaufbau	Nein	Keine Angabe
Kommissionen	1 (33 %)	--	--	2 (67 %)
Organisationen	102 (75 %)	2 (1 %)	--	31 (24 %)
Akademische Einrichtungen	12 (63 %)	--	--	7 (37 %)
Kirchen	12 (80 %)	--	--	3 (20 %)
Privatpersonen	4 (67 %)	--	--	2 (33 %)

Dass eine eigene gesetzliche Grundlage für die Ukraine-Hilfe geschaffen wird, fordern auch andere Interessierte:

- 1 Kommission (BK IZA) plädiert dafür, für die Wiederaufbauhilfe eine gesetzliche Grundlage nach dem Vorbild des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas zu schaffen: «*Für den Wiederaufbau empfehlen wir dem Bundesrat daher die Schaffung einer neuen Gesetzesgrundlage und darauf aufbauend eines neuen, zusätzlichen Rahmenkredits nach dem Modell des früheren Rahmenkredits zur Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas.*⁶»
- 41 Organisationen wünschen sich generell eine gesetzliche Grundlage für die Ukraine-Hilfe (u. a. Alliance Sud, Fastenaktion, HEKS, swisspeace) und 24 Organisationen empfehlen eine gesetzliche Grundlage für die Wiederaufbauhilfe (u. a. Caritas, DRR-CCA, foraus, Plattform Agenda 2030).
- 2 akademische Einrichtungen fordern generell eine gesetzliche Grundlage für die Ukraine-Hilfe (Ethik22, SwissTPH) und 3 weitere eine gesetzliche Grundlage für die Wiederaufbauhilfe (NADEL/CSS, SSPH+, Wyss Academy).
- 4 Kirchen befürworten generell eigene gesetzliche Grundlagen für die Ukraine-Hilfe und 1 weitere Kirche möchte eine gesetzliche Grundlage für die Wiederaufbauhilfe.
- 3 Privatpersonen empfehlen generell eigene gesetzliche Grundlagen für die Ukraine-Hilfe und 2 weitere eine gesetzliche Grundlage für die Wiederaufbauhilfe.

Für die Unterstützung der Ukraine braucht es eigene gesetzliche Grundlagen

	Ja, generell für Unterstützung & Wiederaufbau	Ja, für Wiederaufbau	Nein	Keine Angabe
Kommissionen	--	1 (33 %)	--	2 (67 %)
Organisationen	41 (30 %)	24 (18 %)	--	70 (52 %)
Akademische Einrichtungen	2 (10 %)	3 (16 %)	--	14 (74 %)
Kirchen	4 (27 %)	1 (6 %)	--	10 (67 %)
Privatpersonen	3 (50 %)	2 (33 %)	--	1 (17 %)

3.5 Weitere Bemerkungen:

Verschiedene Teilnehmende beantworteten nicht nur die gestellten Fragen, sondern äusserten sich auch spontan zu den Arbeitsmodalitäten und zum Finanzrahmen.

Arbeitsmodalitäten (Abbildung 13)

In 65 Antworten (30 %) wurde im Bereich der Arbeitsmodalitäten die Zusammenarbeit mit dem **Privatsektor** angesprochen. 15 Teilnehmende (7 %) finden diese wichtig (u. a. 1 Partei [FDP], 1 Verband [suisse.ing] und 2 Kommissionen [BK IZA, CNS-FAO]), 45 Teilnehmende (21 %) verlangen Präzisierungen (u. a. 1 Partei [SPS] und 1 Verband [SGB]) und 5 Teilnehmende (2 %) plädieren für eine stärkere Gewichtung des Privatsektors in der IZA-Strategie 2025–2028 (u. a. 1 Verband [economiesuisse]).

In 62 Stellungnahmen (28 %) werden explizitere Erklärungen über die **Wechselwirkungen** zwischen den Zielen gewünscht (u. a. 4 Kantone [BS, FR, TI, ZH], 1 Partei [Grüne] und 2 Verbände [SGB, Travail.Suisse]). In 59 Antworten (27 %) wird eine Erhöhung der **Politikkohärenz** gefordert (u. a. 3 Parteien [Die Mitte, Grüne, SPS], 1 Verband [Travail.Suisse] und 1 Kommission [BK IZA]), insbesondere zwischen der Handels-, Steuer-, Finanz- und Klimapolitik der Schweiz.

In 47 Stellungnahmen (22 %) wird die Bedeutung des Engagements auf **lokaler** Ebene hervorgehoben (u. a. 1 Partei [FDP] und 2 Kommissionen [BK IZA, CNS-FAO]). Die **Zusammenarbeit mit den NGO** wurde in 46 Stellungnahmen (21 %) thematisiert: Sie wird in 34 Antworten (16 %) als wichtig bezeichnet (u. a. 1 Partei [SPS] und 1 Kommission [BK IZA]), 7 Teilnehmende (3 %) möchten Präzisierungen (u. a.

1 Partei [FDP]), 4 weitere (2 %) wünschen sich eine Stärkung dieser Zusammenarbeit (u. a. 1 Kanton [GE]), nach Ansicht von 1 Partei (SVP) sollte diese reduziert werden. 43 Teilnehmende (20 %) sind ausserdem der Meinung, dass die IZA der Schweiz klarer im Rahmen der *UNO-Agenda 2030* verankert werden sollte (u. a. 1 Partei [Grüne] und 1 Kommission [BK IZA]).

Die Bedeutung einer *effizienten und evidenzbasierten IZA* ist ein Punkt, der in 38 Stellungnahmen (17 %) genannt wird (u. a. 2 Kantone [SO, ZH], 5 Parteien [Mitte, FDP, GLP, SVP, Junge Mitte], 2 Verbände [economiesuisse, suisse.ing] und 1 Kommission [BK IZA]).

31 Teilnehmende (14 %) fordern, dass das *Schweizer Fachwissen* aus dem öffentlichen und privaten Sektor noch besser genutzt wird (u. a. 3 Kantone [BE, JU, VD], 1 Partei [FDP] und 1 Kommission [BK IZA]). 26 Teilnehmende (12 %) betonen die wichtige Rolle der *Schweizer Forschung* in der IZA (u. a. 2 Kantone [BS, GE] und 2 Kommissionen [BK IZA, CNS-FAO]), für 9 von ihnen sollte diese Rolle präzisiert werden und für 5 weitere sollte sie gestärkt werden.

23 Teilnehmende (11 %) erachten die Zusammenarbeit mit *multilateralen Organisationen* als wichtig (u. a. 2 Kantone [GE, VD], 3 Parteien [Die Mitte, FDP, SPS] und 1 Kommission [BK IZA]). 7 Teilnehmende (3 %) wünschen sich eine stärkere Zusammenarbeit mit *anderen Geberländern* (u. a. 2 Kantone [SO, TG], 1 Partei [FDP] und 1 Kommission [BK IZA]).

Die Bedeutung des *Nexus* von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung wurde in 20 Stellungnahmen (9 %) hervorgehoben (u. a. von 1 Kommission [BK IZA]).

Auf die Notwendigkeit, die *Digitalisierung und neue Technologien* zu berücksichtigen, wurde in 16 Antworten (7 %) hingewiesen (u. a. von 1 Partei [FDP] und 1 Kommission [BK IZA]).

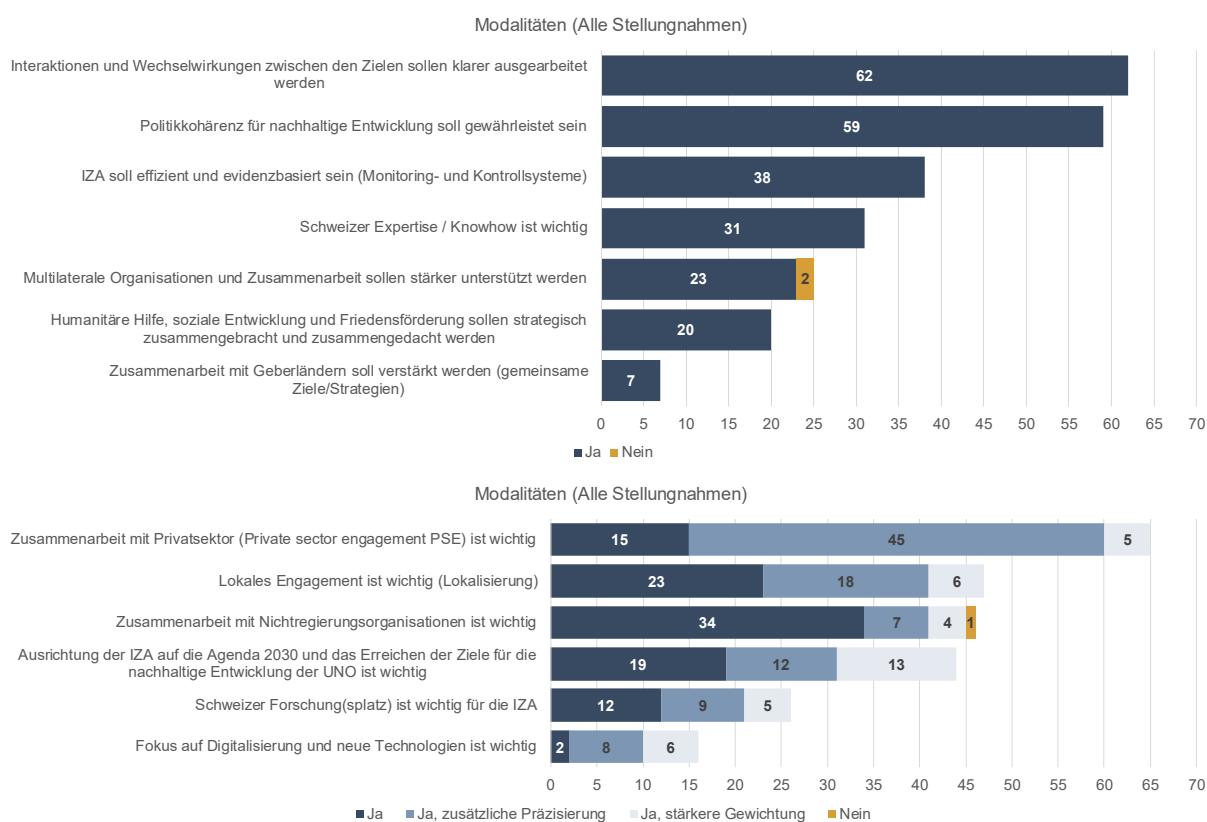


Abbildung 13

Finanzrahmen

In den Stellungnahmen wurde spontan auf den Finanzrahmen eingegangen: 81 (37 %) Vernehmlassungsteilnehmer äusserten sich zur Höhe der vorgeschlagenen Mittel, 122 (56 %) zum Anteil der APD am BNE. Von den Teilnehmenden, die den Finanzrahmen ansprachen, waren 74 (34 %) der Ansicht, dass *der vorgeschlagene Betrag* zu niedrig sei (u. a. 2 Kantone [BS, NE], 3 Parteien [Grüne, GLP, SPS] und 1 Kommission [BK IZA]), 3 (1 %) hielten ihn für ausreichend (u. a. 1 Partei [FDP]) und 4 Teilnehmende (2 %) erachten den Betrag als zu hoch (u. a. 1 Kanton [OW] und 1 Partei [SVP]). Diese Partei fordert, dass das IZA-Budget auf 2 Milliarden Franken pro Jahr gesenkt wird (*Abbildung 14*).

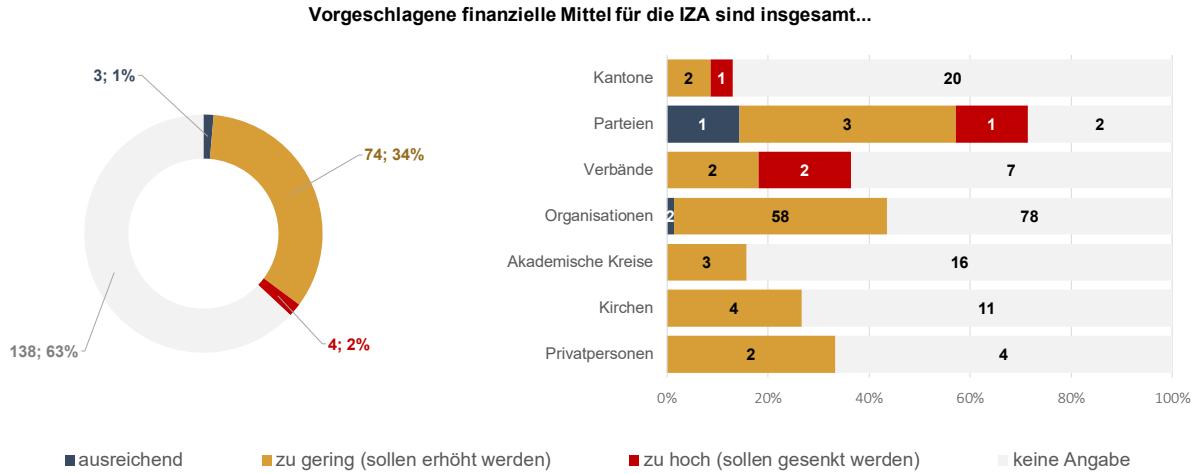


Abbildung 14

Von den Teilnehmenden, die sich zur APD/BNE-Quote äusserten, fordern 105 (48 %) eine Erhöhung der *APD/BNE-Quote* auf 0,5 % oder 0,7 % (u. a. 1 Kanton [BS] und 3 Parteien [Grüne, GLP, SPS]). In 15 Stellungnahmen (7 %) wurde die Quote als zu niedrig bezeichnet (u. a. 1 Kanton [FR] und 1 Partei [Die Mitte]), 2 Teilnehmende (1 %) erachten die Quote als ausreichend (*Abbildung 15*).

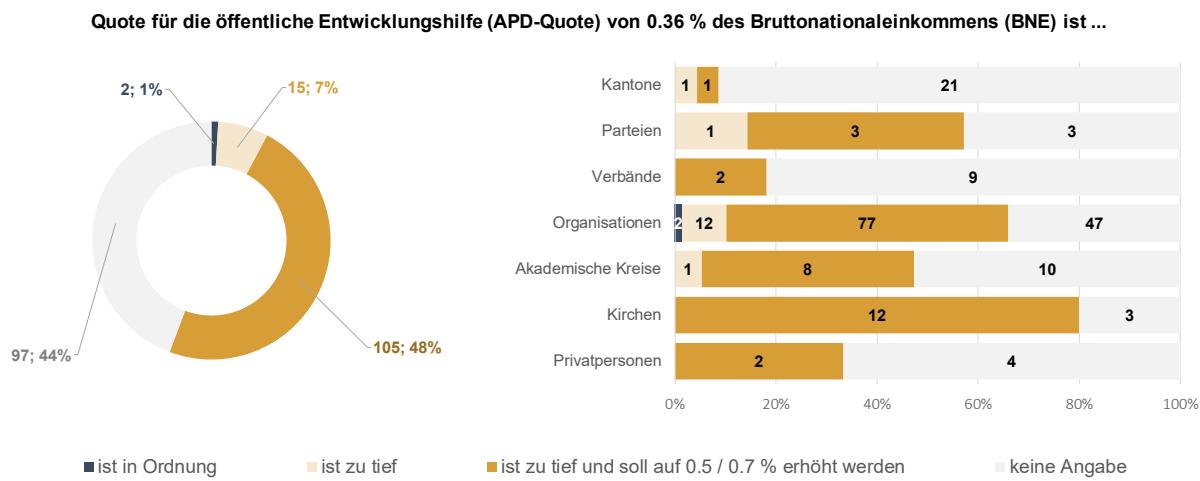


Abbildung 15

90 Teilnehmende (41 %) empfehlen einen stärkeren Fokus auf die *am wenigsten entwickelten Länder* (LDC) (u. a. 5 Kantone [BS, FR, NE, TG, ZH], 2 Parteien [GLP, SPS] und 2 Verbände [SGB, Travail.Suisse]) und fordern als Ziel eine APD-Quote von 0,2 % für die LDC. In 44 Antworten (20 %) wird vorgeschlagen, die für Marokko vorgesehenen Mittel in den LDC zu verwenden.

99 Teilnehmende (45 %) fordern mehr *Transparenz* bei der Darstellung der *Mittelzuweisung* nach Regionen (u. a. 6 Kantone [AI, BS, FR, GE, NE, TI], 2 Parteien [Grüne, GLP], 2 Verbände [SGB, Travail.Suisse] und 1 Kommission [BK IZA]).

Internationale Finanzziele im Klimabereich

Der Beitrag der IZA zu den internationalen Finanzz Zielen in den Bereichen Klima und Biodiversität wurde von 57 Teilnehmenden (26 %) spontan angesprochen. 54 Teilnehmende (25 %) sind der Ansicht, dass die im Rahmen der IZA-Strategie 2025–2028 vorgeschlagene Finanzierung von 400 Millionen Franken pro Jahr nicht geändert werden sollte (u. a. 2 Kantone [BE, FR] und 1 Partei [Grüne]). 3 Teilnehmende halten diesen Betrag für zu niedrig (u. a. 1 Partei [GLP]) und 2 für zu hoch (u. a. 1 Kommission [BK IZA]) (**Error! Reference source not found.**).

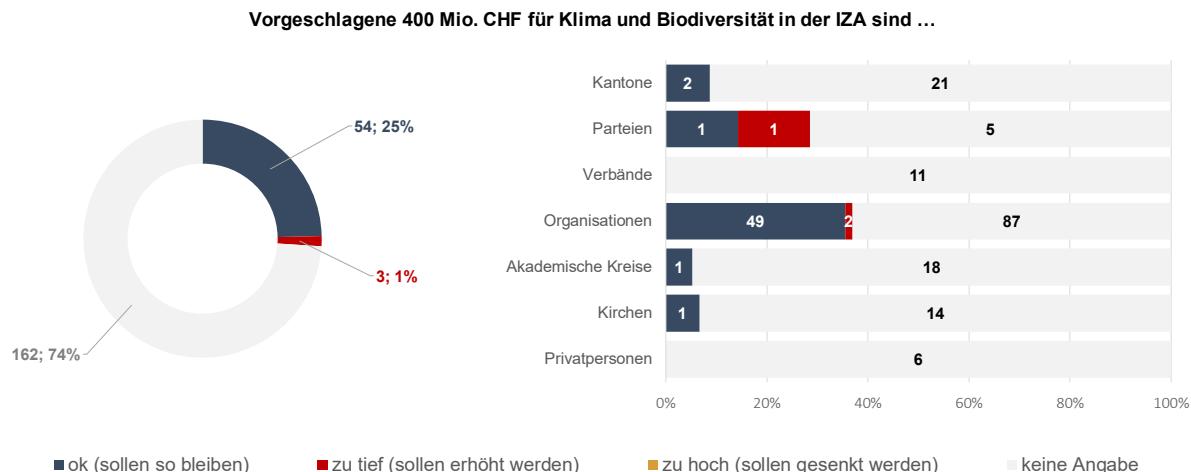


Abbildung 16

67 Teilnehmende (31 %) sind der Meinung, dass dieser *Beitrag nicht zulasten der verfassungsmässigen Ziele der IZA gehen darf* (u. a. 1 Kanton [BE], 2 Parteien [Grüne, SPS] und 1 Verband [Travail.Suisse] (Abbildung 17).

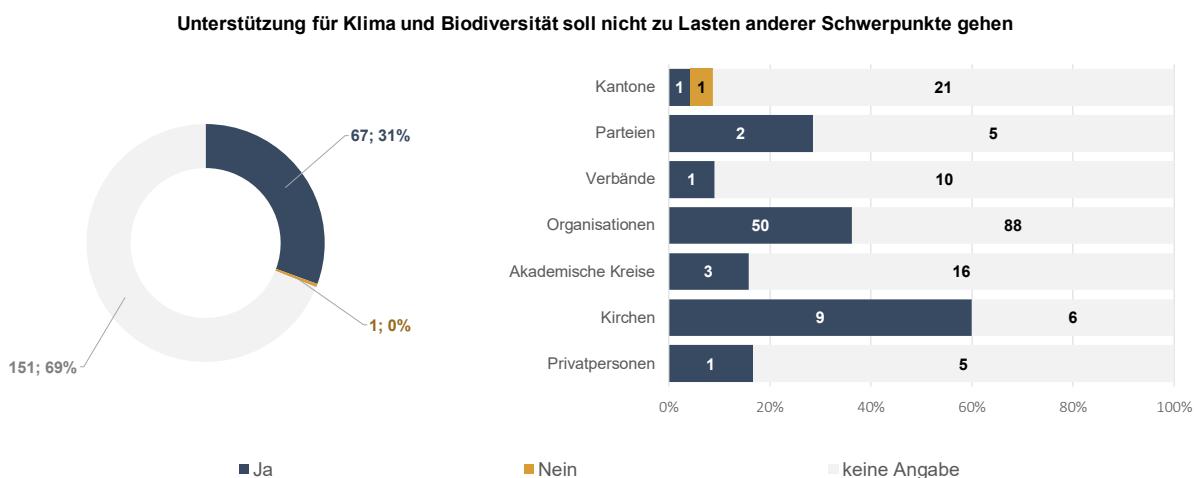


Abbildung 17

72 Teilnehmende (33 %) bemängeln, dass der Betrag von 400 Millionen Franken pro Jahr *nicht ausreichen wird, um die internationalen Verpflichtungen der Schweiz zu erfüllen*, und dass Optionen gefunden werden müssen, entweder *ausserhalb der IZA*, was 65 Teilnehmende (30 %) vorschlagen (u. a. 4 Kantone [BE, FR, GE, NE], 2 Parteien [Grüne, SPS] und 1 Kommission [BK IZA]) oder *im Rahmen der IZA*, was 3 Teilnehmende (1 %) vorschlagen (u. a. 1 Kanton [BL] und 1 Partei [GLP]) (Abbildung 18).

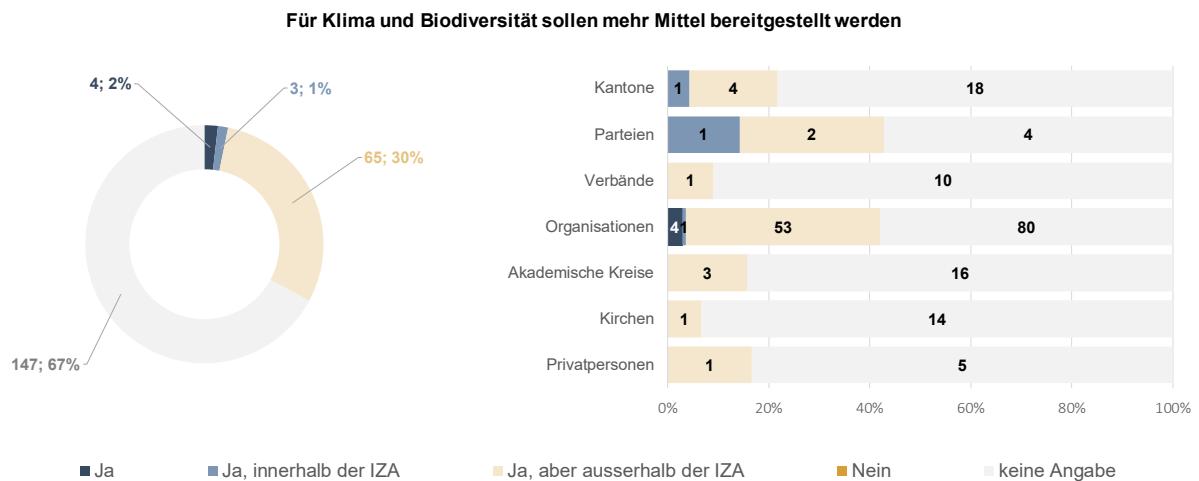


Abbildung 18

Budget der humanitären Hilfe

Ein weiteres in den Antworten spontan angesprochenes Finanzthema war der Vorschlag, das Budget für die humanitäre Hilfe zu erhöhen. 71 Teilnehmende (32 %) halten eine solche *Erhöhung für gerechtfertigt* (u. a. 5 Kantone [GE, TG, TI, UR, VD], 3 Parteien [FDP, Grüne, GLP], 1 Verband [Travail.Suisse] und 1 Kommission [BK IZA]). 6 (3 %) äussern hingegen die Ansicht, dass das für die humanitäre Hilfe vorgesehene Budget *nicht erhöht werden sollte* (u. a. 1 Kanton [AI], 1 Partei [SVP] und 1 Verband [sgv]) (Abbildung 19).

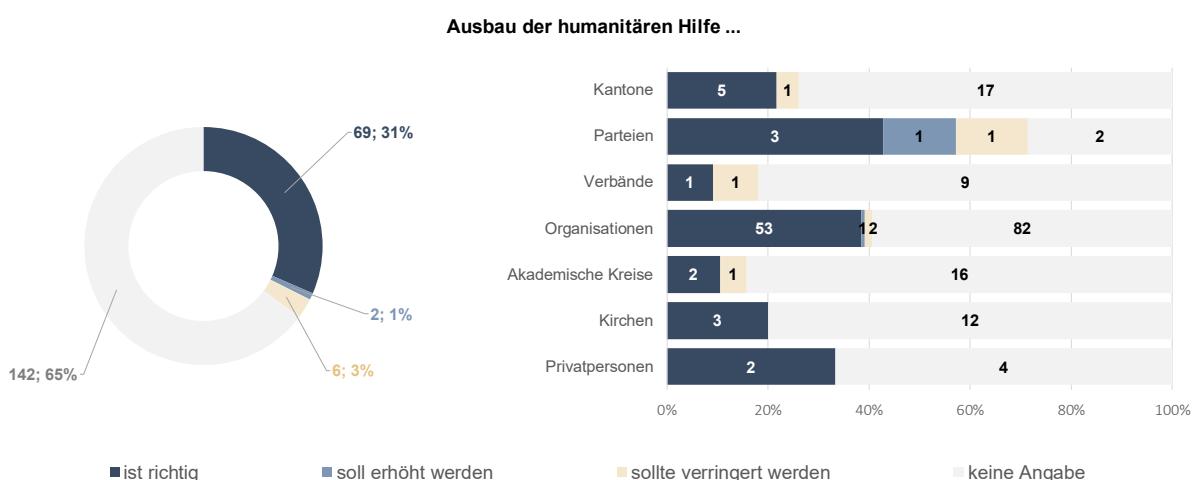


Abbildung 19

100 Teilnehmende (46 %) machen darauf aufmerksam, dass diese Erhöhung *nicht zulasten der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit* gehen sollte (u. a. 3 Kantone [BS, FR, NE], 2 Parteien [Die Mitte, Grüne], 2 Verbände [SGB, Travail.Suisse] und 1 Kommission [BK IZA]). 1 Partei (SVP) ist der Ansicht, dass eine solche Erhöhung, wenn sie notwendig sein sollte, innerhalb des IZA-Budgets kompensiert werden müsste (Abbildung 20).

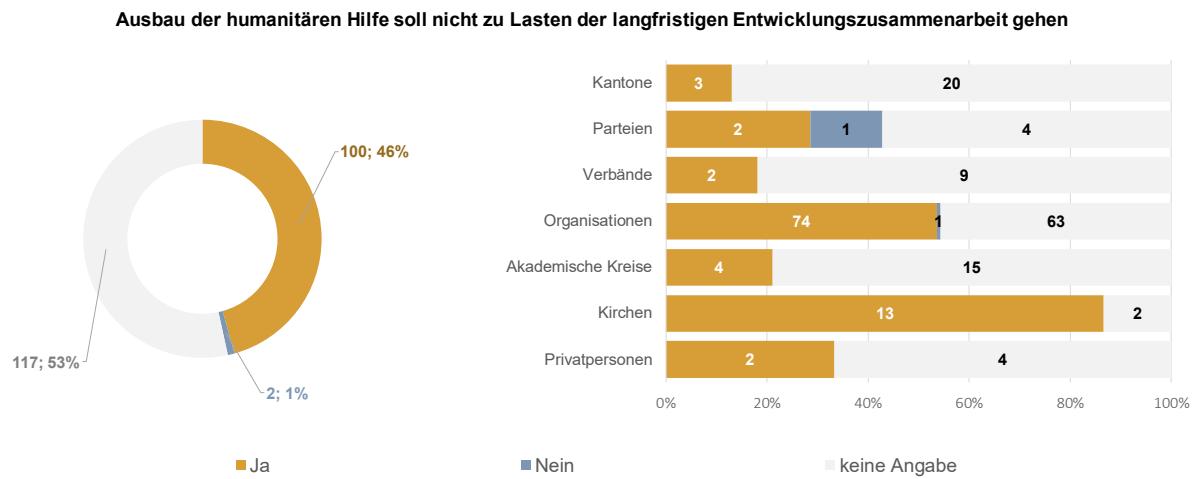


Abbildung 20

91 Teilnehmende (42 %) schlagen vor, eine solche Erhöhung durch *Zusatzkredite* zu finanzieren (u. a. 3 Kantone [FR, GE, NE], 2 Parteien [Die Mitte, Grüne] und 2 Verbände [SGB, Travail.Suisse]) (Abbildung 21).

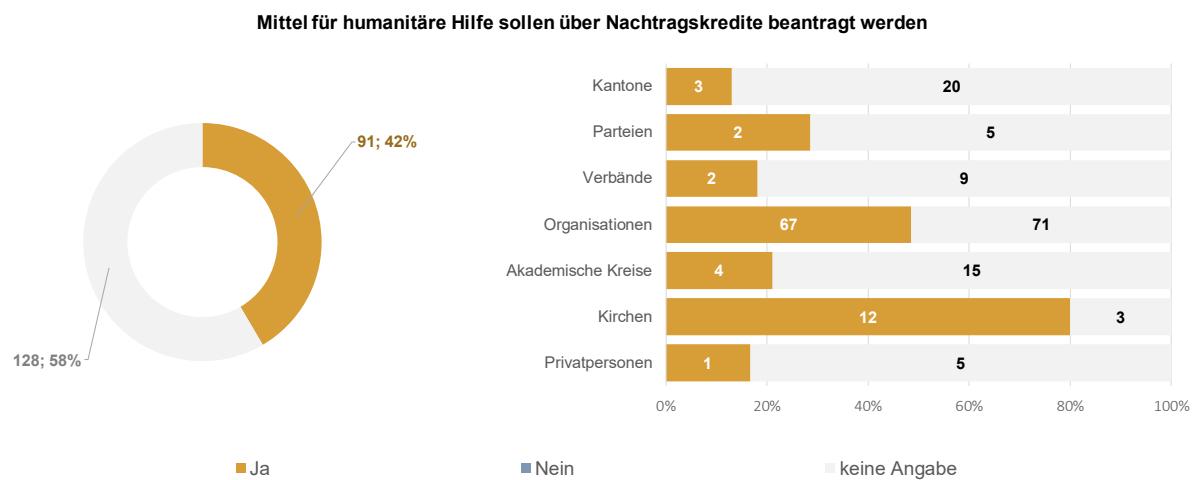


Abbildung 21

Anhang: Liste der Vernehmlassungsteilnehmer

° Vernehmlassungsteilnehmer, zu denen Parlamentsmitglieder Interessenbindungen angegeben haben (Stand: September 2023, gemäss Listen unter www.parlament.ch > Schnellzugriff > Interessenbindungen NR / Interessenbindungen SR)

* Organisationen, die 2023 Gelder der IZA (DEZA, AFM oder SECO) erhalten haben

Kantone (23)

1. Staatskanzlei des Kantons Zürich
2. Staatskanzlei des Kantons Bern
3. Staatskanzlei des Kantons Luzern
4. Standeskanzlei des Kantons Uri
5. Staatskanzlei des Kantons Obwalden
6. Staatskanzlei des Kantons Nidwalden
7. Staatskanzlei des Kantons Glarus
8. Staatskanzlei des Kantons Zug
9. Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg
10. Staatskanzlei des Kantons Solothurn
11. Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
12. Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft
13. Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden
14. Staatskanzlei des Kantons St. Gallen
15. Standeskanzlei des Kantons Graubünden
16. Staatskanzlei des Kantons Aargau
17. Staatskanzlei des Kantons Thurgau
18. Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino
19. Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud
20. Chancellerie d'Etat du Canton du Valais
21. Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel
22. Chancellerie d'Etat du Canton de Genève
23. Chancellerie d'Etat du Canton du Jura

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien (7)

Politische Parteien (6):

1. Die Mitte
2. FDP. Die Liberalen
3. GRÜNE Schweiz
4. Grünliberale Partei Schweiz GLP
5. Schweizerische Volkspartei SVP
6. Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS

Politische Parteien – Jungparteien (1)

1. Die Junge Mitte

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft (6)

1. economiesuisse°
2. Schweizerischer Gewerbeverband (sgv) / Union suisse des arts et métiers (usam)°
3. Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV) / Union patronale suisse (UPS)°
4. Schweizerischer Bauernverband (SBV) / Union suisse des paysans (USP)°
5. Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) / Union syndicale suisse (USS)°
6. Travail.Suisse°

Weitere Interessierte und Organisationen (183)

Organisationen (138)

a. Ausserparlamentarische Kommissionen (3)

1. Beratende Kommission für internationale Zusammenarbeit (BK IZA) / Commission consultative de la coopération internationale (CC CI)
2. Schweizerische UNESCO-Kommission (SUK) / Commission suisse pour l'UNESCO (CSU)°
3. Schweizerisches Nationales FAO-Komitee (CNS-FAO) / Comité national suisse de la FAO (CNS-FAO)

b. Nichtregierungsorganisationen (NGO), Stiftungen und Vereine (135)

1. ADES Solaire
2. AGILE.CH - Die Organisationen von Menschen mit Behinderungen
3. Alliance F°°
4. Alliance Sud°°
5. Allianz für eine ganzheitliche Sicherheitspolitik
6. Allianz Sicherheit Schweiz°

- 7. Heilsarmee
- 8. Associazione Chajra Runaj Masis
- 9. Atma
- 10. Biovision*^o
- 11. BirdLife Schweiz^o
- 12. Brücke Le Pont*
- 13. Caritas Schweiz*^o
- 14. Centre Ecologique Albert Schweizer (CEAS)*
- 15. CH++
- 16. Christliche Sozialbewegung KAB-Schweiz
- 17. Christlicher Friedensdienst (CFD)
- 18. Christoffel Blindenmission (CBM)*
- 19. Chryzalid
- 20. cinfo - Schweizer Kompetenzzentrum der internationalen Zusammenarbeit*
- 21. Comundo^o
- 22. Coopération Globale
- 23. COOPI Suisse*
- 24. CyberPeace Institute
- 25. Drugs for Neglected Diseases initiative (DNDi)*
- 26. E-Changer
- 27. ECOPOP - Vereinigung für Umwelt und Bevölkerung
- 28. EcoSolidar
- 29. Enfants du monde*
- 30. Evangelische Frauen Schweiz (EFS)
- 31. Everybody Needs Water
- 32. Fairmed^o
- 33. Fastenaktion*^o
- 34. Fédération genevoise de coopération (FGC)*
- 35. Fédération Interjurassienne de Coopération et de Développement (FICD)*
- 36. Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO)*
- 37. Federazione delle ONG della Svizzera italiana (FOSIT)*
- 38. Films for Future
- 39. Foraus - Forum Aussenpolitik*
- 40. Forum für Menschenrechte in Israel und Palästina (Forum-ISR/PSE)
- 41. Foundation for Innovative New Diagnostic (FIND)*
- 42. Friends of Education
- 43. Geneva Global Hub for Education in Emergencies (EiEHub)
- 44. Global Aid Network (GAiN)
- 45. Global Antibiotic Research and Development Partnership (GARDP)*
- 46. Greenpeace Schweiz
- 47. Helvetas*^o
- 48. Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)*
- 49. Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR)
- 50. Horyzon
- 51. IAMANEH - International Association for Maternal and Neonatal Health Schweiz*
- 52. ICT4Peace Foundation*
- 53. Independent Development Experts Association aidrating (IDEAS)
- 54. Institut interdisciplinaire d'éthique et des droits de l'homme, Université de Fribourg / Plateforme Dignité et Développement (PDD)
- 55. Interaction - Dachverband christlicher Entwicklungsorganisationen*^o
- 56. Inter-Agire
- 57. International Blue Cross (IBC)^o
- 58. Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)*
- 59. Interpeace*
- 60. Jethro-Suisse
- 61. Jumpstart Switzerland
- 62. King Zollinger & Co. Advisory Services
- 63. Kirchen für die Umwelt (oeku)
- 64. Klima-Allianz Schweiz
- 65. Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE)*
- 66. Kooperationsgemeinschaft KoGe - Dachverband von neun Mitgliedsorganisationen aus dem reformierten Umfeld der Schweiz*
- 67. Kwa Wazee Switzerland
- 68. Legal advice for asylum seekers (AsyLex)^o
- 69. Lepra Mission Schweiz
- 70. Max-Havelaar-Stiftung Schweiz
- 71. Médecins du Monde Suisse*
- 72. Médecins sans frontières (MSF)*
- 73. Medicines for Malaria Venture (MMV)*
- 74. mediCuba*
- 75. Medicus Mundi Schweiz*
- 76. Mission 21 - Evangelisches Missionswerk Basel
- 77. Miva^o
- 78. Netzwerk für Nachhaltigkeitslösungen Schweiz (SDSN)
- 79. NIRAS Schweiz*
- 80. Olivenöl aus Palästina
- 81. Schweizerischer Verband für Frauenrechte (SVF-ADF)
- 82. Organisation Schweizerisches Unterstützungsverein für die Sahraouis (SUKS)

- 83. Peace Brigades International Schweiz (PBI)*
- 84. Peace Watch Switzerland
- 85. Plattform Agenda 2030
- 86. post Beijing Schweiz
- 87. Pour Demain
- 88. Pro Madagascar
- 89. Projet CPT Congo
- 90. Pro Natura°
- 91. Public Health Schweiz (PublicHealth)°
- 92. Réponse Handicap International Suisse*
- 93. Rotarian Action Group for Reproductive Maternal and Child health (RMCH)
- 94. Save the Children*
- 95. Save the People International Child (SAPI)
- 96. Schweizer Forum für Berufsbildung und Internationale Zusammenarbeit (FoBBIZ)*
- 97. Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
- 98. Schweizerische Friedensstiftung (swisspeace)*°
- 99. Schweizerischer Friedensrat (SFR)
- 100. Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA ASPE)°
- 101. Schweizerischer Katholischer Frauenbund (SKF)
- 102. Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH)°
- 103. Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK)*
- 104. Sensability - Expertise für Inklusion
- 105. Sexuelle Gesundheit Schweiz°
- 106. Socialità Lugano
- 107. Solidar Suisse*°
- 108. SolidarMed*
- 109. Stopdesert
- 110. Swiss Alliance against Neglected Tropical Diseases (SANTD)*
- 111. Swiss Malaria Group*
- 112. Swiss Network for Education & International Cooperation (RECI)
- 113. Swiss NGO Disaster Risk Reduction and Climate Change Adaptation (DRR-CCA)
- 114. Swiss Sustainable Finance (SSF)*
- 115. Swiss Water Partnership (SWP)*
- 116. Swissaid*
- 117. Swissconact*
- 118. SwissFoundations
- 119. TearFund Schweiz°
- 120. Terres des Hommes (Terre des Hommes)*
- 121. Terres des Hommes (Terre des Hommes), Perspektiven für Jugendliche*
- 122. transfair
- 123. Ukrainischer Verein in der Schweiz
- 124. UN Global Compact Network Switzerland (GCNS)*
- 125. UNICEF - Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen*
- 126. Unité - Schweizerischer Verband für Personelle Entwicklungszusammenarbeit*
- 127. Valais Solidaire*
- 128. Verein Grüner Fisch
- 129. Vétérinaires Sans frontières Suisse (VSF)*
- 130. Vivamos Mejor*
- 131. Women in Development Switzerland (WIDE)
- 132. Women's Hope*
- 133. World Vision°
- 134. World Wide Fund for Nature Schweiz (WWF)* °
- 135. Zurich Foundation

Privatsektor und Branchenverbände (5)

- 1. Autorinnen und Autoren der Schweiz (A*dS)
- 3. Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband (SBLV)
- 4. suisse.ing
- 2. Chambre de commerce de l'industrie et des services de Genève (CCIG)
- 5. Swissmem - Verband der Schweizer Tech-Industrie

Akademische und wissenschaftliche Kreise (19)

- 1. Basel Institute on Governance*
- 2. Berner Fachhochschule (BFH)*°
- 3. Centre for Development and Environment, Universität Bern (CDE)*
- 4. ETH Department of Environmental Systems Science (ETH D-USYS)*
- 5. ETH NADEL Center for Development and Cooperation / CSS*
- 6. ETH Zürich for Development (ETH4D)*
- 7. ETH-Rat*
- 8. Geneva Centre for Philanthropy, Université de Genève (GCP)
- 9. Geneva Graduate Institute of International and Development Studies (IHEID)*
- 10. Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich (IPZ)
- 11. Institut für Sozialethik Zürich (Ethik22)
- 12. Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH)*

13. Schweizerischer Nationalfonds (SNF)*
14. Scuola Universitaria Professionale della Svizzera Italiana (SUPSI)
15. Swiss School of Public Health (SSPH+)
16. Swiss Tropical and Public Health Institute (SwissTPH)°
17. Swissuniversities - Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der schweizerischen Hochschulen
18. University hospitals of Geneva, Division of Tropical and Humanitarian Medicine (SMTH)
19. Wyss Academy for Nature, Universität Bern*

Kirchen und kirchliche Fachstellen (15)

1. Reformierter Kirchenbezirk Bern-Stadt
2. Reformierte Kirche Burgdorf
3. Evangelisch-Reformierte Landeskirche des Kantons Glarus
4. Reformierte Kirchgemeinde Heiliggeist Bern
5. Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde bernisch und freiburgisch Kerzers (KircheKerzers)
6. Reformierte Kirchgemeinde Meiringen
7. Reformierte Kirchgemeinde Roggwil
8. Reformierte Kirchgemeinde Wichtach
9. Evangelisch-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich
10. Evangelisch-reformierte Landeskirche Zürich
11. Evangelisch-reformierte Landeskirche des Kantons St. Gallen
12. Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz (EKS)
13. Fachstelle OeME der reformierten Kirchen Bern, Jura, Solothurn
14. Reformierte Kirchgemeinde Thurnen
15. Reformierte Kirchgemeinde Bern-Bümpliz

Privatpersonen (6)

1. Fässler Martin
2. Gfeller Daniele
3. Gurtner Bruno und Hofer Walter
4. Itty Pradeep
5. Schmid Herbert
6. Gasser Mirjam